Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint Werktags nachm. Bezugspreis frei Haus monatl. 1000 M., durch die Post 1000 M. ohne Zustell-Gebühr. Druck u. Verlag: Produkt.-Genossenschaft i. d. Bezirk Halle-Merseburg, e.G.m.b.H. Halle Merseburgerstr. 14 Fernruf 1045. 1047 2251 Schriftleitung: Sprechzeit 12—1 u. 4—5 Uhr

Mit der Zeitung „DAS WORT" als Beilage

Der Anzeigenpreis beträgt 35 M. für den Millimeter Höhe und Spalte. 200 M. für Reklame, einschl. an den dreigespaltenen Textseitenteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten. Bankkonto: Commerz- und Privatbank, Halle. Postscheckkonto Leipzig 1068 48. Fritz Kroh Halle

Einzelpreis 40 Mark | Dienstag, den 23. Januar 1923 | 3. Jahrgang. Nr. 19

Sowjet-Rußland gegen die Ruhrbesetzung

Durchhalten! Durchhalten! – Bis zu 50 Prozent!

Stinnes will mehr als 40 Prozent Anteil an dem künftigen Trust der westfälischen Kohle und des französischen Erzes. Daher, deutsche Arbeiter, an die Front! Es gilt zu kämpfen gegen die 40 Prozent, die Herrn Stinnes nicht genügen. Der Dollar über 20 000. Das Elend steigt noch schneller als die Preise. Börse, Banken, Handel, Schwerindustrie streichen ungeheure Profite ein. Was tut's. Wenn die deutsche Arbeiterschaft verreckt, sie weiß, warum, sie verreckt für die Prozente des Herrn Stinnes.

Durchhalten! brüllt die gesamte bürgerliche Presse. Der Pazifist der „Welt am Montag", wie der Revolutionär der „Kreuzzeitung". Der „Pazifist" Gerlach schließt, er enthalte sich jeder Kritik an der Regierung Cuno. Die Schwerindustrie benehme sich in der Ruhrfrage „würdig". Im „8-Uhr-Abendblatt" schreibt Paul Goldmann: **„Wir stehen erst am Anfang, die Leiden haben kaum begonnen, auf das Schlimme wird Schlimmeres und das Schlimmste folgen."** Aber durchhalten, durchhalten! Herr Stinnes verlangt es, nichtswürdig die Nation, die für Herrn Stinnes nicht alles daransetzt. Und aus diesen Ermägungen heraus rufen die „Münchener Neuesten Nachrichten": Deutsche, an die Front! Sie konstatiert: „Gewiß stehen wir im Kriege, gewiß haben wir schon eine Front und werden vielleicht bald mehrere haben." Die Bayern sind tüchtige Leute, wenn schon, denn schon noch die paar Fronten dazu. Die „Zeit", Organ der Regierung der Schwerindustrie, erklärt: „Wir wissen aus den Erfahrungen des Krieges, was die Stimmung der Heimat für die Front zu bedeuten hat. Deshalb wird sich das ganze deutsche Volk bewußt sein müssen, daß es ebenso wie die Bevölkerung des Ruhrgebiets bis zum letzten Mann für den Erfolg unserer Abwehraktion einzustehen hat."

Auf dem Rücken der Arbeiterschaft versucht Herr Stinnes statt 40 Prozent mehr Prozente herauszuschlagen. Schwerindustrie und ihre Regierung versuchen die Arbeitermassen für ihre Geschäfte in die „nationale Einheitsfront" zu pressen: Einheitsfront für höhere Prozente! So nebenbei beginnen sie langsam die Notwendigkeit der Verhandlungen vorzubreiten. Lensch in der „D. A. Z." weist vorgestern nach, daß auf England nicht zu rechnen und daß Deutschland auf sich allein gestellt sei. In der gestrigen Abendausgabe der „Zeit" wird der Faden weitergesponnen. Sie beginnen die schwierige Lage Deutschlands auszumalen. Paul Goldmann im gestrigen „8-Uhr-Abendblatt" spricht es am deutlichsten aus: **Daß das Durchhalten Erfolg haben wird, ist natürlich keineswegs sicher. Seine Chancen allzu optimistisch zu beurteilen, wäre leichtfertig. Im Gegenteil, man muß von Anfang an auch damit rechnen, daß vielleicht die Franzosen die Stärkeren sein werden."**

Herr Stinnes rechnet von Anfang an auch damit. Ist Poincaré stärker, dann wird er sich mit 40 Prozent auf Kosten der deutschen Arbeiterschaft zufrieden geben. Jetzt heißt es aber, alles aus der Arbeiterschaft herauspressen — vielleicht werden es doch 50 Prozent werden, zu denen man sich verständigen kann!

•

Die Lage im Ruhrgebiet

Nach einer Meldung der „VVN." fand am Sonntag eine Konferenz der in der Rheinschiffahrt beschäftigten Maschinisten und Heizer statt, die sich mit der Beschlagnahme und Umleitung von Kohlen und Transportschiffen durch die Franzosen beschäftigte. Es wurde einstimmig beschlossen, die Kohlenschiffahrt sofort stillzulegen. Der Verband der Maschinisten und Heizer soll sich hinter diesen Beschluß gestellt haben.

Allen Beamten und Staatsarbeitern des besetzten Gebietes wird die deutsche Regierung 50 000 Mk. ohne Unterschied der Kinderzahl und Klasse auszahlen. Bei guter Haltung wurde eine weitere Zulage versprochen.

Im neubesetzten Gebiet entfalten die Nationalsozialisten eine fieberhafte Tätigkeit. Es werden Zivilisten angeworben. So in Buer 300, die ein Handgeld von 80 000 Mk. bekommen und nach Münster oder nach Bayern geschickt werden. Bekannte Nationalsozialisten, die bei der Besetzung Essen verlassen hatten, sind nach dort zurückgekehrt. Sie versuchen offenbar zu provozieren.

Im Verkehrswesen wurden gestern erhebliche Stockungen verzeichnet. Der Kohlenversand per Achse nach dem Ruhrorter Hafen ist fast ganz eingestellt. Auch im allgemeinen Verkehr nimmt die Lähmung zu. Auf den Bahnhöfen Dortmund, Sterkrade und Osterfeld-Süd wird gestreikt, da die Stellwerke mit Maschinengewehren besetzt sind. Die Zahl der gestellten Wagen ist auf 15 000 zurückgegangen. — Auf Weisungen des Reichspostministers werden im Ruhrgebiet keine Telephonverbindungen mehr hergestellt, die von französischen Besatzungsbehörden verlangt werden. Französische Truppen sind an der Kabelstelle des hiesigen Telegraphenamtes mit der Herstellung eigener Leitungen beschäftigt. Der gesamte Telephon- und Telegraphenverkehr erleidet schwere Störungen.

An die Völker aller Länder!

Die Armeen des imperialistischen Frankreichs sind in das Ruhrbecken eingefallen. Fremde Eroberer bemächtigen sich des industriellen Zentrums Deutschlands. Neue schreckliche Schläge werden dem deutschen Volke beigebracht, und ganz Europa steht wieder einmal unter der Drohung einer grausamen internationalen Schlächterei. In diesem kritischen Augenblick kann das Rußland der Arbeiter und Bauern nicht schweigen. Getreu seinem unaufhörlichen Kampfe gegen den Militarismus, getreu seiner ständigen Verteidigung des Rechts jedes Volkes auf Unabhängigkeit, getreu seiner Aufforderung zur Abrüstung erhebt es von neuem seine entrüstete Stimme und seinen lauten Protest gegen das Verbrechen, das die französische Regierung zu begehen im Begriff ist.

Vor fünf Jahren wurde der vierjährige imperialistische Krieg durch den schändlichen und absurden Vertrag von Versailles beendet. Dieser Vertrag hat vor aller Oeffentlichkeit und vor der gesamten Welt die Heuchelei der Staatsmänner der Entente enthüllt. Während der Dauer des Krieges hatten sie im Angesicht aller Länder und aller Völker immer wieder erklärt, daß sie nur im Interesse der Freiheit und im Namen des Rechts der Nationen auf ihre Selbständigkeit kämpften. Kaum war aber der Krieg zu Ende, vergaßen sie mit einem Schlage ihre Versprechungen und ihre „edlen" Reden. Sie versammelten sich in Versailles und diktierten Deutschland einen in der Geschichte unerhörten Vertrag, der unzweifelhaft beweist, daß die Staatsmänner der Entente nicht an die Freiheit der Nationen, sondern an ihre grausame Unterjochung dachten.

Nachdem der Vertrag von Versailles Deutschland gewaltsam eine Reihe seiner Provinzen genommen, nachdem er es aller Verteidigungsmittel beraubt hatte, wurde ihm noch fast seine ganze Handelsflotte, ein Drittel seiner Kohlenindustrie und drei Viertel seiner Eisenproproduktion weggenommen.

Der Vertrag hat das deutsche Volk mit dem ungeheuren Druck der Reparationen belastet, d. h. mit den Zahlungen in Geld, in Kohle und in Waren für alle die durch den Krieg in Belgien und in Frankreich verursachten Zerstörungen.

Der Vertrag von Versailles hat für das deutsche Volk erdrückende Ketten geschmiedet und hat es auf Gnade und Ungnade den französischen Imperialisten ausgeliefert. Der Versailler Vertrag hat den Haß zwischen den europäischen Völkern zum Dauerzustand erhoben und hat Europa in ein wirtschaftliches und politisches Chaos gestürzt.

Das Rußland der Arbeiter und Bauern hat seinerzeit energisch gegen den brutalen und unsinnigen Versailler Vertrag protestiert und hat die schrecklichen Konsequenzen vorausgesagt, die seine Durchführung für Europa und die ganze Welt nach sich ziehen würde. Seine Voraussagen haben sich in der Tat vollständig erfüllt. Die viereinhalb Jahre, die seit der Unterzeichnung des Friedens von Versailles verflossen sind, waren Jahre fortwährender Feindschaft zwischen den Völkern. Jahre fortdauernder Vermehrung der Rüstungen. Jahre ununterbrochener Verschärfung des wirtschaftlichen Zerfalls Europas.

Und die augenblickliche Regierung des imperialistischen Frankreichs hat sich noch nicht mit diesem Vertrag von Versailles begnügt. In ihrer unersättlichen Eroberungsgier hat sie selbst diesen Vertrag gebrochen, der auf ihre eigene Initiative zur Erwürgung des deutschen Volkes ausgearbeitet worden war. Von neuem haben die französischen Imperialisten das Schwert auf die Wagschale der Geschichte geworfen und gehen nun zur militärischen Besetzung der bedeutendsten industriellen Teile Deutschlands über. Dadurch haben die französischen Imperialisten die schwere Verantwortung für alle die Folgen auf sich genommen, die aus dieser empörenden und unsinnigen Vergewaltigung entstehen werden.

Aber das imperialistische Frankreich ist nicht allein schuldig. Seine Alliierten hätten sich auflehnen können, aber sie haben sich der Schaffung der Tatsachen nicht widersetzt. Entweder nehmen sie aktiven Anteil an dem Einfall in das Ruhrgebiet oder sie waschen verräterischerweise ihre Hände in Unschuld, indem sie sich auf leere Proteste und unnütze Demonstrationen beschränken. Deshalb ist ihre Verantwortung die gleiche. Die Verantwortung für alles das, was sich ereignen wird, wird nicht nur die Regierung in Paris treffen — sie wird auch auf die Regierungen in London, Rom, Brüssel und und Tokio zurückfallen.

Die Souveränität, das Recht des deutschen Volkes auf die Unabhängigkeit, ist mit Füßen getreten worden. Die wirtschaftliche Lage Deutschlands, die so schon tief erschüttert war, hat von neuem einen tödlichen Schlag erlitten.

Ein schreckliches Elend und eine unerhörte Unterdrückung bedrohen die arbeitenden Massen Deutschlands und die Verschärfung des wirtschaftlichen Chaos bedroht ganz Europa.

Die Welt ist erneut in jenen Fieberzustand gestürzt, der dem Kriege vorangeht. Durch den Vertrag von Versailles ist Europa in ein Pulverfaß verwandelt, über das die Funken tanzen.

In diesen entscheidenden Tagen erhebt das Rußland der Arbeiter und Bauern von neuem seinen empörten Protest gegen die wahnsinnige Politik des imperialistischen Frankreichs und seiner Verbündeten. Von neuem protestiert es mit ganz besonderem Nachdruck gegen die Vergewaltigung des deutschen Volkes auf Unabhängigkeit. Von neuem warnt es mit ganz besonderer Energie die Völker der ganzen Welt vor der Gefahr neuen Blutvergießens, die heute Europa bedroht.

Völker Europas, der Frieden ist in tödlicher Gefahr. Das Schicksal des Friedens liegt in Euren Händen.

Moskau, den 13. Januar 1923.

Der Präsident des Allrussischen Zentral-Exekutivkomitees.
Kalinin.

Der Sekretär des Allrussischen Zentral-Exekutivkomitees.
Sapronow.

Genossen, Arbeiter, Beamte!

Nehmt in allen Betrieben Stellung gegen den imperialistischen Krieg, gegen die Stinnesherrschaft der Eisenbahnen, gegen die Steuerunterschlagungen, für die Erfassung der Sachwerte, für die Arbeiterregierung, für den internationalen Massenstreik am 31. Januar!

Klebt die erste Seite dieses Blattes in den Betrieben an!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230123-13/fragment/page=0001

Es lebe der Steuerbetrug!

Das Milliardengeschäft des Lohnabzugs

Die Gesamteinnahme an Reichseinkommensteuern betrug nach den jetzt vom Reichsfinanzministerium herausgegebenen Zahlen in Milliarden Papiermark

im Januar	3,489	im Juli	7,637
Februar	3,431	August	9,933
März	7,816	Sept.	13,851
April	4,299	Okt.	21,285
Mai	5,746	Nov.	29,119
Juni	8,811		

Diese Einkommensteuern setzen sich aus drei Posten zusammen:

1. Einnahmen aus dem Verkauf von Einkommensteuermarken,
2. Im Ueberweisungsverfahren abgeführte Steuern,
3. Einnahmen von den sich selbst Einschätzenden.

Die ersten zwei genannten Einnahmeposten werden nur von den Arbeitern und Angestellten bezahlt, da bei der Lohn- und Gehaltsauszahlung der Steuerabzug abgezogen wird. In den kleineren Betrieben und bei Einzelbeschäftigten werden in der Regel die Steuermarken in das Steuerbuch geklebt, in den Großbetrieben aber die Steuerabzüge an die Finanzämter ohne Verwendung oder nur mit teilweiser Verwendung von Steuermarken direkt überwiesen.

Dadurch wird der Lohnabzug ein glänzendes Geschäft für die Unternehmer. Der Steuerabzug wird von den Arbeitern allwöchentlich, von den Angestellten allmonatlich bezahlt. Zweidrittel der Gesamteingänge an Lohnsteuer werden nicht durch Steuermarken, sondern durch direkte Ueberweisung der Unternehmer an die Finanzämter abgeliefert. Diese Ablieferung geschieht aber nach größeren Zeiträumen, nach 1, 2, 3 ja oft erst nach 4 Monaten. Allein in einem Werk mit 10 000 Arbeitern macht der Lohnabzug wöchentlich gegenwärtig etwa 60 Millionen Mark aus. Selbst wenn der Unternehmer nach einem Monat diesen Betrag abrechnet, so hätte er vom 20. Dezember bis zum 20. Januar zwei Drittel dieses Betrages durch die Markentwertung gewonnen. 60 Millionen am 20. Januar, am Tage der Ablieferung, entsprechen einem Wert von nur 20 Millionen am 20. Dezember. 40 Millionen also hätte der Unternehmer verdient, wenn er nur den Lohnabzug für 1 Woche nach einem Monat bezahlt und mit den 60 Millionen keine Geschäfte, keine Spekulationen gemacht hat. Liefert er aber jetzt z. B. die Beträge für den ganzen Monat Dezember ab, so hat er schon 160 Millionen verdient, auch unter der Voraussetzung, daß er mit dem Gelde nicht spekuliert und keine Geschäfte gemacht hat. Kein Unternehmer aber läßt 60 Millionen im Kassenschrank liegen, er verwendet sie entweder in seinem Geschäft, und dann bringen sie ihm Profit, oder er kauft dafür Devisen und Wertpapiere und wird damit erst recht ein Nutznießer der Markentwertung und der Katastrophenhausse. **In noch mehr, mit den Steuergeldern, die aus den Arbeitern herausgepreßt werden, entwertet er die Mark noch weiter und verschlechtert dadurch die Lage der Arbeiterschaft.**

Stinnes hat nicht 10 000 Arbeiter. Sein Konzern umfaßt sechs- bis siebenhunderttausend Arbeiter. Eine Woche Lohnabzug im Stinneskonzern sind nicht 60 Millionen, sondern 3600 Millionen Mark, eine Summe, mit der sich viel spekulieren und die Mark sehr tief senken läßt. Der Steuerraubzug der Regierung gegen die Arbeiterschaft wird so ergänzt durch den Raubzug der Kapitalisten, die die Mark mit den Geldern der Arbeiterschaft senken.

Die Kapitalisten verdienen und zahlen keine Steuern

Die Kapitalisten machen glänzende Geschäfte. Sie verdienen sogar an den Steuergroschen der Arbeiter unermeßliche Millionen und Milliarden. Zahlen sie aber Steuern? Nach der amtlichen Aufstellung des Reichsfinanzministeriums sind von der Einkommensteuer in den Monaten April bis Juli 56,2 Prozent aus Lohn- und Gehaltsabzug gekommen, im August waren es schon 57,1 Prozent, im September 58,3 Prozent, im Oktober 72 Prozent. Die Zahlen für November und Dezember sind noch nicht bekannt. Aber es ist keine Frage, daß der Anteil des Lohnabzugs an der Einkommensteuer noch weiter gewachsen ist. Mit anderen Worten: **die Arbeiter mit ihrem auf ein Drittel gesunkenen Reallöhnen zahlen 80 Prozent der Einkommensteuer, die Kapitalisten mit ihren vervielfachten Profiten 20 Prozent.** Aber die Kapitalisten zahlen noch weniger. Denn diese 20 Prozent zahlen sie nicht für die betreffenden Monate oder auch nur für das betreffende Jahr, sondern für 1920 und 1921 bezahlen sie heute mit um das zwei- bis vierhundertfache weiter gesunkenen Mark und sie werden in den nächsten Jahren noch weniger bezahlen. Die Steuersätze für das Jahr 1922 sind am Ende des Jahres für die Kapitalisten herabgesetzt worden, nachdem die Arbeiter die hohen Steuersätze bezahlt hatten. Da die Geldentwertung sich in immer rascherem Tempo vollzieht, der Dollar in vier Tagen von 10 000 auf 20 000 gestiegen ist, so werden die Kapitalisten nachträglich die Steuern für sich ermäßigen und zuerst die Arbeiter ruhig die hohen Steuersätze ohne Rücksicht auf Geldentwertung zahlen lassen.

Steuergelder der Arbeiter den Kapitalisten „gestundet"

So ist es bei den **Einkommensteuern. Bei den Verbrauchssteuern** aber ist es noch schlimmer. Die Arbeiter bezahlen die Verbrauchssteuern beim Einkauf der Waren und die Kapitalisten liefern sie nicht ab. Die Kohlenbarone vom Rhein haben seit August nach dem Eingeständnis der Reichsregierung nicht einen Pfennig an Kohlensteuern abgeliefert. Im August z. B. wurden ihnen 4½ Milliarden, die die Arbeiter gezahlt hatten, gestundet. Damals stand der Dollar 700, heute steht er 20 000. **Selbst wenn die Kapitalisten heute die 4½ Milliarden zurückzahlen würden, was gar nicht der Fall ist, haben sie 20/20 dieses Betrages glatt profitiert.** Aber sie haben inzwischen auch noch mit den 4½ Milliarden Mark Geschäfte gemacht. Die 4½ Milliarden haben Woche für Woche durch ihre Spekulationen und Geschäfte Zinsen und Zinseszinsen gebracht. **Mit den 40 Milliarden Kohlensteuern, die sie nicht abgeführt haben, um die sie die Arbeiter betrogen, haben sie die Markentwertung vergrößert durch den Ankauf fremder Devisen, haben sie die Wertpapiere in die Höhe getrieben, die Preise verteuert und die Arbeiterschaft in immer tieferes Elend getrieben.**

Der ADGB. und die Afa haben vom Reichskanzler nicht etwa die sofortige Abstellung dieses Steuerbetrugs gefordert, sondern sie haben um Einschränkung des Betrugs gebettelt. Bis heute hat der Reichskanzler keine Antwort dem ADGB. auf seine Denkschrift erteilt, die den Gewerkschaftsmitgliedern bekanntgegeben worden wäre. Der „Vorwärts" entrüstet sich moralisch gestern Abend wiederum über **das Steuerunrecht.** Möge er doch seinen Lesern mitteilen,

daß es der Sozialdemokrat Robert Schmidt war, der als Reichswirtschaftsminister den Kohlenbaronen die Steuergelder der Arbeiterschaft stundete.

Und die sozialdemokratischen Arbeiter sollen jenen Satz in der Denkschrift des ADGB. nicht übersehen, in dem gesagt wird, daß die Gewerkschaften nach wie vor grundsätzlich für den Steuerabzug sind und die Regierung bitten, das Steuerunrecht nicht zu schreiend zu machen, damit sie die Gewerkschaftsmitglieder weiter anhalten können, den Lohnabzug zu bezahlen.

Steuerfreiheit für die — Kapitalisten

Die Regierung antwortet nicht auf die Denkschrift des ADGB. Der ADGB. tut nichts. Was geschieht inzwischen? Der Steuerausschuß beschäftigt sich mit der Anpassung der Steuern an die Geldentwertung, für die Arbeiter? Weit gefehlt! Für die Kapitalisten! Der Steuerausschuß hat beschlossen, bei der Einsetzung von Häusern in die Steuerbilanz den Kaufpreis als Wert anzunehmen, auch wenn die Markentwertung inzwischen viel weiter gegangen ist. Noch viel schöner aber ist, was die Unternehmer und ihre Vertreter im Parlament vorhaben. Der Zentralverband der deutschen Metall-, Walzwerks- und Hütteninduſtrie e. V. schreibt in einem vertraulichen Rundschreiben, datiert: Köln, den 28. Dezember 1922, an seine Mitglieder, daß die Mitglieder der bürgerlichen Parteien im Steuerausschuß dafür eintreten werden, steuerfreie Rohstoffergänzungskonten zuzulassen. Er beantragt folgende Einführung in die Steuergesetze:

„Eiserne Bestände der gewerblichen Unternehmungen dürfen mit dem Buchwert des betreffenden Bestandes am Anfang des Wirtschaftsjahres eingesetzt werden. . . . Soweit der eiserne Bestand am Ende des Wirtschaftsjahres eine Verringerung erfahren hat, die nicht auf einer Einschränkung des Betriebes beruht, können steuerfreie Rückstellungen für die zur Wiederergänzung des eisernen Bestandes erforderlichen Mittel in der Bilanz erfolgen."

Die Schuld des Vorstandes des ADGB.

Es kann kein Zweifel bestehen, daß die Vertreter der kapitalistischen Parteien im Reichstag diesen Antrag annehmen werden, da sie wissen, daß die Sozialdemokraten zwar ein großes Geschrei anstimmen, aber weder die VSPD. noch der ADGB. irgend etwas gegen diese ungeheure Volksausplünderung, gegen die Steuerfreiheit der Kapitalisten tun wird. Gewiß, die **Regierung Cuno stützt und ermöglicht dieses eine Steuersystem.** Sie wirft Milliarden und aber Milliarden Steuergelder der Arbeiter den Kapitalisten in den Rachen, sie stundet ihnen von den Arbeitern gezahlte Steuergelder. Die Arbeiterschaft muß ihren Sturz erzwingen. Aber daß diese Steuergaunerei, dieser ungeheure Volksbetrug weitergehen kann, das ist die Schuld der Führer der Gewerkschaften, die das zulassen, zulassen trotz der zehn Steuerforderungen des ADGB. vom November 1921, trotz der ungeheuren Erbitterung der acht Millionen Gewerkschaftsmitglieder über diesen Betrug. Gegen den Willen des ADGB., gegen den Willen der Gewerkschaften, die acht Millionen Arbeiter repräsentieren, könnten die Stinnes und Vögler, die Kirdorf und Thyssen nicht die Milliarden Kohlensteuern zurückbehalten, gegen den Willen des ADGB. **könnte der Steuerbetrug nicht einen Tag länger andauern.**

Massendemonstrationen in Moskau

(Eigene Drahtmeldung.)

Moskau, 23. Januar.

In Moskau fanden am Montag und Dienstag voriger Woche gewaltige Massendemonstrationen gegen die Besetzung des Ruhrgebiets durch Frankreich statt. Die Arbeiterschaft Moskaus zog unter stürmischen Entrüstungskundgebungen gegen den französischen Imperialismus und die deutschen Ausbeuter, mit Niederrufen auf Poincaré, Stinnes und Cuno auf die Straße. Es wurden Hochrufe auf die deutsche Revolution und die eingekerkerten französischen Genossen ausgebracht.

•

Reuter meldet aus Wladiwostok, daß die Arbeiter am Sonntag Protestkundgebungen gegen die Besetzung des Ruhrgebiets veranstalteten.

Die Gewerkschaftsbureaukratie in der nationalen Einheitsfront

Der freigewerkschaftliche Bergarbeiterverband hat im Verein mit den Christen und Hirschen eine Erklärung mit folgenden Forderungen herausgegeben:

1. **Sofortige Freigabe der Bergwerke und Zurückziehung der Soldaten von den Zechen;**
2. **Freigabe der Werksleitungen und Beamten;**
3. **Sicherheit für Leben und Eigentum der friedlichen Bevölkerung;**
4. **Zurückziehung der Truppen aus unserem sonst friedlichen Wohn- und Arbeitsgebiet.**

Diesem Aufruf haben sich die Spitzenorganisationen mit folgender Kundgebung angeschlossen:

„Die unterzeichneten Vorstände der Gewerkschaften Deutschlands erklären ihr volles Einverständnis mit den Abwehrmaßnahmen der bedrängten Arbeiter, Angestellten und Beamten in den besetzten Gebieten.

Wir billigen ausdrücklich auch die von den Bergarbeiterverbänden aufgestellten Forderungen, insbesondere nach sofortiger Freigabe der Bergwerke und Zurückziehung der französisch-belgischen Soldaten von den Arbeitsstätten. Freigabe der völkerrechtswidrig verhafteten Werkleitungen und Beamten.

Wir fordern die gesamte Arbeitnehmerschaft auf, an diesen Forderungen festzuhalten und nicht nachzulassen in ihrem Widerstand gegen jeden störenden Eingriff der feindlichen Militärmacht in das deutsche Wirtschaftsgetriebe.

Im Namen aller Arbeiter, Angestellten und Beamten im ganzen Reich und — so glauben wir — mit Zustimmung des ganzen deutschen Volkes sichern wir den deutschen Brüdern im Ruhrgebiet in ihrem gefahrvollen Kampfe nachhaltigste Unterstützung zu.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.
Allgemeiner Freier Angestelltenbund. Deutscher Gewerkschaftsbund.
Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände. Allgemeiner Deutscher Beamtenbund und Deutscher Beamtenbund.

•

Durch diese gemeinsamen Kundgebungen mit den Christen und deutschnationalen Beamten vom DBB. stellen sich die freien Gewerkschaften ein in die „nattionale Einheitsfront". Nur für das besetzte Gebiet werden Parolen ausgegeben, die wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiterschaft werden vollständig geschwiegen. Die Gewerkschaftsführer wollen wohl einen Streik im Ruhrgebiet, nicht aber einen allgemeinen Kampf zur Wahrung der Arbeiterinteressen im nationalen Maßstab.

•

Sächsische Sozialdemokraten hinter Cuno

(Eigene Drahtmeldung.)

Dresden, 23. Januar.

Der sozialdemokratische sächsische Landespräsident Buck äußerte sich Pressevertretern gegenüber über die Gewaltmaßnahmen der Franzosen im Ruhrgebiet. Er stellte sich entschlossen hinter die Reichsregierung. (Recht so, dann werden die sächsischen Arbeiter hoffentlich bald erkennen, welch ein Stinnesinstrument die sozialdemokratische Regierung in Sachsen ist, die schleunigst durch eine Arbeiter-Regierung ersetzt werden muß).

•

Das Erwachen der VSPD.-Arbeiter

Stettin, 22. Januar.

Eine am Sonnabend hier abgehaltene Funktionärversammlung der VSPD. faßte nach lebhafter Aussprache folgende Entschließung: Die am 20. Januar im „Volkshause" tagende Funktionärversammlung der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Groß-Stettin fordert von der Reichstagsfraktion eine entschiedenere Haltung als die, welche sie bei der letzten Abstimmung zur Regierungserklärung zum Ausdruck gebracht hat. Sie erwartet, daß die Reichstagsfraktion in Zukunft in unzweideutiger Weise eine klare ablehnende Stellung gegenüber der Regierung Cuno einnimmt. Der erste Absatz der Entschließung wurde gegen 2, der zweite Absatz mit 55 gegen 46 Stimmen angenommen.

Die rheinischen Kommunisten

(Eigener Drahtbericht.)

Essen, 23. Januar.

Eine Sitzung des Bezirksausschusses der KPD. Rheinland-Westfalen-Nord beschäftigte sich unter Hinzuziehung der Sekretäre und Redakteure ausführlich mit der Lage. Genosse Stöcker gab einen eingehenden Bericht. Durch die Besetzung sei das revolutionäre Proletariat des Ruhrgebiets jetzt gezwungen, gegen zwei Fronten, gegen den französischen Imperialismus und den deutschen Kapitalismus, zu kämpfen. In der ausgebrochenen Streikbewegung sei die soziale Frage in den Vordergrund zu stellen: der Kampf um bessere Löhne, für die Sechsstundenschicht, gegen die schwerkapitalistische Cuno-Regierung und deren Erfüllungspolitik, für eine proletarische Regierung. Vor allem müsse die KPD. den nationalistischen Strömungen scharf entgegentreten.

Die republikanischen Gerichte. Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik hat das Verbot und die Auflösung des Nationalverbandes deutscher Offiziere, Landesverband Sachsen, im Beschwerdewege aufgehoben. Ein kommunistischer Jugendgenosse wurde vom Staatsgerichtshof wegen Beleidigung der Republik in der Person Noskes und Eberts zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt. Gegen Reaktionäre und Monarchisten sind die Urteile anders ausgefallen. Die Arbeiterklasse weiß Bescheid.

Die bayerische Regierung verbietet. Die von der Kommunistischen Partei Nürnbergs auf Montag, den 22. Januar einberufenen öffentlichen Volksversammlungen mit dem Thema: „Die Schande von Niederschönenfeld", sind von der Polizei im Auftrage der bayerischen Regierung verboten worden. Ebenso wurde eine auf Montag angesetzte Gedächtnisfeier für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht verboten.

Die Barbarei des preußischen Strafvollzugs

(Eigener Bericht.)

Berlin, 23. Januar.

Der Preußische Landtag geruhte gestern, Anträge, die die kommunistische Fraktion vor fast 1½ Jahren — anläßlich des Lichtenburger Hungerstreiks — gestellt hatte und eine große Anfrage über die Stellung des preußischen Staatsministeriums zu einer völligen Reichsamnestie, vor zirka einem Jahr gestellt, zu behandeln. Die Anträge waren vom sogenannten Rechtsausschuß als erledigt erklärt worden, obgleich nichts von den Forderungen, die darin erhoben wurden, erfüllt ist.

Der Vertreter des Staatsministeriums erklärte, daß die Regierung die große Anfrage über die Stellung zur Amnestie durch die inzwischen ergangenen Teilamnestien gleichfalls als erledigt ansehe!

Gestützt auf eine große Fülle von gravierendem Material über die inhumane Behandlung, unzureichende Ernährung, Bezahlung der Gefangenen usw. wies Genosse Menzel die Unwahrhaftigkeit und Leichtfertigkeit der Regierung, die Anträge wie die Anfrage als erledigt zu erklären, nach. In Ludau müssen z. B. die Gefangenen

Pensum schuften, bis ihnen das Blut an den Händen herunterläuft.

Ärztliche Behandlung ihrer Hände, um arbeitsfähig zu bleiben, erhalten sie nicht, wohl aber Arrest, wenn sie nicht weiter Pensum leisten oder sich beschweren. Zum Arrest werden sie in die berüchtigten Kojen, die 1.50 bis 2 Meter breit sind, gesperrt. In Halberstadt wurde der politische Gefangene Kühnast

6 Wochen in Ketten gelegt und wochenlang täglich von einem Wachtmeister mißhandelt.

Hungerqualen müssen die Gefangenen durchweg erleiden. Die unzureichende Kost ist aber häufig qualitativ noch so schlecht, daß selbst der Hungernde sie verschmähen muß. Kein Arzt hilft den Opfern, die erkranken durch Aufenthalt, Behandlung, Ernährung. Keinen Schadenersatz gibt es für einen erlittenen Unfall, der dem Gefangenen das Leben ruiniert. „Renten", die nur nach Bettelpfennigen zu zählen sind, wagt man zu bieten. Ebenso steht es mit dem Lohn: 4 Mark und 6 Mark war der Tageslohn noch im Dezember im Gefängnis und Zuchthaus! Der Staat, der den Verbrecher straft, begeht den brutalsten Diebstahl an den Jammergestalten der armen Teufel, die er schuldig werden läßt! Es muß festgestellt werden, daß gerade die Sozialdemokratie gegen unsere Forderung auf Bezahlung der Gefangenenarbeit nach dem Tarif der freien Arbeit unter Kontrolle der Gewerkschaften im Ausschuß Bedenken erhoben und die Versuche des Ministeriums, die auf unsere fortgesetzte Kritik hin ergangen sind, erschwert haben. Die Liebel und Liebknecht, die stets für die Reform des Strafvollzugs gekämpft haben, müssen sich über die schamlose Preisgabe aller Grundsätze auch auf diesem Gebiet wahrlich im Grab umdrehen. Vor der

Fesselung politischer Gefangener

und ihrer Transportierung in menschenunwürdiger Weise scheut man nicht zurück. Die Schikanen mit Lese- und Rauchverboten, die seelischen Quälereien durch Korrespondenz- und Besuchserschwerungen, alles dauert weiter an. Je mehr Sie beweisen, daß Sie weder fähig noch willens sind, an diesem fluchwürdigen System zu ändern, desto klarer wird es der Arbeiterschaft werden, daß sie diese Reform nur durch die Revolution durchführen kann.

Auf die wuchtigen Anklagen des Genossen Menzel antwortet niemand. Durch Totschweigen glaubt die schuldige Regierung nebst Gefolgschaft am besten über die peinliche Situation zu kommen. Da ergreift Genossin Wolffstein das Wort, um durch weiteres Material selbst diese abgebrühte, selbstzufriedene Gesellschaft aufzupeitschen. In Görlitz sitzt der Strafgefangene Burow, zu 15 Jahren verurteilt. Acht Jahre hat er noch zu verbüßen. B.

verliert sein Augenlicht — sehr wahrscheinlich durch unzureichende ärztliche Behandlung —

er verlangt eine Ausbildung in einer Blindenanstalt, um wenigstens von der Qual der absoluten Beschäftigungslosigkeit erlöst zu werden. Alle „humanen" Instanzen lehnten ab, bis der Rechtsausschuß ausnahmsweise eingriff. In Celle ließ man den 20jährigen politischen verurteilten Dämmer

an Tuberkulose verrecken, wie man Hagemeister verrecken ließ!

Die preußische und die bayrische Justiz sind einander wert. In Forst verurteilte man einen Jugendlichen, der ein Eingesandt in der SPD.-Zeitung veröffentlicht hatte, zu vier Wochen Gefängnis und um ihm die sittliche Läuterung des preußischen Strafvollzugs teilhaftig werden zu lassen, sperrte man ihn zu einem schweren Kriminalverbrecher in die Zelle. **Solange Max Hölz noch im Zuchthaus gehalten wird und eine Reihe anderer tapferer Genossen, ist es eine Freiheit ohnegleichen, eine Anfrage über die Stellung Preußens zur Amnestie als erledigt zu erklären.** Wenn Sie von uns und von allen objektiv Denkenden im In- und Auslande Spott hören, wenn Sie sich als Kulturvolk selbst großmäulig bezeichnen, so beruht das auf dem ständigen Bewußtsein der Schmach und Schande, die Sie nicht zuletzt auf diesem Gebiet mehr und mehr anhäufen. Genossin Wolffstein erntete drei Ordnungsrufe für ihre Ausführungen.

Dollar heute vormittag 21 600 Mark, still

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230123-13/fragment/page=0002

Leben · Wissen · Kunst

Die Klerisei

54] **Roman von Nikolaus Leskow**

„Nie und nimmer! So was kommt bei mir nicht vor!" rief der Diakon, sich in die Brust werfend. „Wie wäre das auch möglich? Wollte ich mich um alle kümmern, ich wüßte nicht, wo ich hin sollte. Was hat denn der Bischof so viel zu bedeuten, wenn ich jetzt Tag für Tag von einer Person beobachtet werde, die viel mehr zu sagen hat, als so ein Bischof!"

„Du meinst wohl mich?" sagte der Arzt.

„Wie sollte ich denn darauf kommen? Nein, Dich meine ich nicht."

„Wen denn sonst?"

„Hast Du die neuesten Zeitungen gelesen?"

„Was hat denn drin gestanden?" fragte die Petersburger Dame, die sich wie ein Kind amüsierte.

„Auf Befehl des Oberhofpredigers Baschanow ist der kaiserliche Kirchenmusikdirektor auf Reisen geschickt worden, um in ganz Rußland Bäße für die Hofkapelle Seiner Majestät anzuwerben. Er steht im Range eines Generals und hat eine Unmenge Orden. Der Bischof ist nichts neben ihm, denn bei Seiner Majestät ist ja schon der Kutscher, der auf dem Bock sitzt, Oberst. Na, also dieser Musikmeister reist nun unerkannt, als ganz einfacher Mann gekleidet, damit die Bäße sich in seiner Gegenwart nicht absichtlich anstrengen, denn er will wissen, was sie für gewöhnlich zu leisten imstande sind."

Der Diakon wußte nicht, was er weiter sagen sollte, aber der Arzt ließ nicht locker.

„Nun, und was weiter?"

„Was weiter? Der Herr Musikdirektor befindet sich jetzt schon vier Wochen hier in der Stadt. Merkst Du was? Ich sehe ihn jeden Sonntag in seinem blauen Rock unter den Kleinbürgern in der Kirche stehen. Er ist meinetwegen da, aber wie verhalte ich mich dazu? Ein anderer würde sich rein die Beine ausreißen, um dem kaiserlichen Abgesandten zu gefallen, würde ihn zu sich einladen, ihm Schnaps und Tee vorsetzen — nicht wahr? Aber ich tue nichts dergleichen. Mag er zehnmal kaiserlicher Musikus sein, mir ist's ganz wurst! Ich halte mich ans Gesetz. Du hast mit nach dem Gesetz zu handeln, mein Lieber, und magst Du das nicht, dann adieu! Glückliche Heimreise!"

„Das ist natürlich alles Schwindel?" wandte sich der Arzt an Zacharia.

„Schwindel," erwiderte dieser seelenruhig. „Er hat ein wenig über den Durst getrunken, da hören wir bis morgen kein wahres Wort mehr. Er wird jetzt ohne Ende phantasieren und großtun."

Achilla war trotzdem gekränkt. Es schien ihm, als glaubte man jetzt auch nicht mehr, daß er kein Feigling sei; was ihm unerträglich war. Daher fing er wieder von seiner Tapferkeit an zu sprechen und wollte sofort auf die schwerste Probe gestellt sein.

„Ich will allen beweisen, daß ich hier der Tapferste bin, und ich werde es!"

„Prahlt lieber nicht damit, Vater Diakon," sagte der Major. „Manchmal wird auch der Tapferste von Angst gepackt, und der Feigling leistet, was keiner von ihm erwartet hätte."

„Da pfeif' ich drauf! Los!"

„Ja, was soll denn eigentlich losgehen? Ich will Euch lieber ein Beispiel vorführen."

„Auch gut! Nur immer zu!"

Siebentes Kapitel

„Als ich aus dem Kaukasus nach Rußland zurückversetzt wurde," fing der Major an, „hatten wir einen Oberst, der ein urfideler Herr und ein ausgezeichneter Soldat war. Er besaß sogar einen goldenen Ehrensäbel. Unter ihm machte ich anno Achtundvierzig den ungarischen Feldzug mit. In einer Nacht mußten damals Freiwillige vorgeschickt werden, als wir gerade beim Wein saßen. Der Oberst fragte: Wieviel haben sich denn gemeldet?' ‚Hundertzehn,' antwortet der Adjutant. ‚Oho!' meinte der Oberst und legte die Karten hin, denn man hatte sich eben ans Preferance gemacht. ‚Das ist ein bißchen viel. Sind gar keine Hasenfüße drunter?' — ‚Nein,' erwiderte der Adjutant. ‚Na,' meint der Oberst, trommeln Sie mal die Kerls zusammen.' Das geschieht. ‚Nun,' fängt der Oberst an, ‚machen wir mal die Probe. Wer ist der Tapferste? Wer gilt als Obmann?' Man nennt ihm irgendeinen Iwanow oder Sergejew. ‚Schafft ihn mir her! Bist Du der Obmann?' — ‚Zu Befehl, Euer Hochwohlgeboren!' — ‚Bist Du nicht feige?' — ‚Nein, Euer Hochwohlgeboren!' — ‚Nicht ein bißchen?' — ‚Ganz und gar nicht, Euer Hochwohlgeboren!' — ‚Wirklich nicht?' — ‚Nein.' — ‚Nun, wenn Du nicht feige bist, so zupf' mich am Bart!' Der Soldat steht da und rührt sich nicht und wagt's nicht. Man ruft einen zweiten, — dieselbe Geschichte! Einen dritten, vierten, fünften, zehnten — keiner wagt's. Alle erweisen sie sich als Feiglinge."

„Ach, hol ihn dieser und jener! Das war ein Spaß!" rief Achilla hocherfreut. „Wenn Du nicht feige bist, ei, so zupf' mich am Bart! Ha—ha—ha! Das ist famos! Hauptmann, alter Freund, laß Dich mal vom Lehrer Warnawa am Bart zupfen!"

„Mit Vergnügen," sagte der Hauptmann.

Prepotenskij weigerte sich, aber da fing man so bösartig über seine Feigheit zu spotten an, daß er ja sagen mußte.

Achilla stellte einen Stuhl in die Mitte des Zimmers, der Hauptmann Powerdownia setzte sich drauf und stemmte die Arme in die Hüften.

Um ihn herum standen der Polizeichef, Zacharia, der Bürgermeister und der Major.

Der Lehrer pustete, krümmte und schüttelte sich, schlug bald die Augen schüchtern nieder und riß sie bald weit auf, machte einen Schritt vorwärts und trat wieder zurück.

„Also, Du bist doch ein Feigling," sagte Achilla, „aber denke mal nach, Schafskopf: wovor fürchtest Du Dich denn eigentlich? Es ist ja zum Lachen!"

Warnawa dachte nach, wurde aber davon nur noch schwächer. Powerdownia jedoch saß da wie ein Götzenbild, fühlte sich als „Seele der Gesellschaft" und freute sich über die neue Ueberraschung, die er im Schilde führte.

„Du bist ein Feigling, mein Bester, ein ganz elender Feigling!" flüsterte Achilla dem Lehrer ins Ohr.

„Das geht doch nicht, die Gäste warten," bemerkte der Major.

Prepotenskij zeigte mit dem Finger auf den Polizeichef und sagte: „Ich will lieber Woin Wassiljewitsch am Bart zupfen."

„Nein, mich sollst Du zupfen," erklärte der Hauptmann mit sehr ernstem Gesicht.

„Feigling, Feigling," flüstert es wieder von allen Seiten. Warnawa hört es, kalter Schweiß läuft ihm übers Gesicht, es triebelt ihn am ganzen Körper; die Angst packt ihn, wie eine unerträgliche, lähmende, quälende Krankheit, sein Ausdruck bekommt etwas Starres, Schreckliches.

Achilla, der ihn genau beobachtete, hatte das zuerst bemerkt. Als er die Augen des Lehrers aufflammen sah, gab er dem Polizeichef ein Zeichen, etwas zur Seite zu treten, den Vater Zacharia aber nahm er ganz einfach beim Aermel, zog ihn zurück und sagte:

„Steht nicht so dicht bei ihm, Vater Zacharia. Seht Ihr nicht? Er träumt!"

Warnawa tat einen Schritt vorwärts. Noch einen zweiten. Die zitternde Hand des Feiglings gerät in Bewegung, sie hebt sich langsam, bewegt sich vorwärts, — aber nicht nach dem Barte des Hauptmanns, sondern geradewegs nach dem Gesichte des Polizeichefs.

„Der Teufel mag wissen, was in dem Kerl vorgeht!" rief Achilla und winkte dem Polizeichef noch einmal zu. Geh lieber fort, sollte das heißen, siehst Du nicht, daß der Mann von Sinnen ist?

In diesem selben Augenblick jedoch hatte Prepotenskij, die Augen zugekniffen, ganz von ferne den Schnurrbart Powerdownias gestreift: sofort fliegt der Hauptmann ein grimmiges Knurren aus und fing dann an laut zu bellen.

Das war dem armen Warnawa zuviel. Er schrie wild auf, stürzte sich wie ein Panther auf den Polizeichef und schlug sinnlos um sich.

Hierauf war niemand gefaßt. Der Effekt war großartig. Die umgestürzte Lampe, das aufflammende Petroleum, die wild flüchtenden Gäste, das Entsetzen des Polizeichefs, das Geheul Warnawas, der in einem Winkel fast mit wütenden Schlägen vor dem Gespenst, das ihn packen wollte, zu schützen suchte, alles machte eine Fortsetzung des Festes unmöglich.

Die Petersburger Dame verabschiedete sich, und Prepotenskij, der alle Ein- und Ausgänge im Hause des Postmeisters sehr gut kannte, benutzte diesen Augenblick, um in den Korridor und ins Bureau zu schlüpfen, wo er sich hinter einen Schrank verkroch . . .

(Fortsetzung folgt.)

Was alles los ist

Die Proletarier sind arbeitslos, daher geldlos,
Die Unternehmer sind rücksichtslos,
Die Schulden sind zahllos,
Die Steuern sind maßlos,
Die Politik charakterlos,
Die Sitten zügellos,
Die Aufklärung der Amsterdamer hirnlos,
Die Kleidung geschmacklos,
Der Schwindel grenzenlos,
Der Wucher erbarmungslos,
Viele sind obdachlos und noch mehr sind brotlos,
Die Regierungen sind ratlos,
Die ganze Lage der Arbeiterschaft ist trostlos,
Die Demokratie ist kopflos
Und die Hoffnung der Sozialpatrioten ist aussichtslos.

Roske und Radek

Der Reichenberger „Vorwärts" bringt folgendes amüsante Stückchen:

In einer kleinen Ortschaft in der Nähe von Cernosek wohnt ein Fleischhauer, der Roske heißt. Er ist mit dem reichsdeutschen Großschlächter Gustav Roske nicht verwandt und beschränkt sich auf Schlachtung von Haustieren, während jener die von ausgemergelten Arbeitern besorgte. In der Nähe des Ortes gibt es einen Berg, der im Volksmunde Radek heißt. Das Haus des Fleischermeisters steht an einer Wegkreuzung und führt ein Weg zu eben diesem Berg Radek. Um den Ausflüglern die Orientierung zu erleichtern, hat man an dem Haus des Herrn Roske eine Tafel angebracht, auf der eine Hand abgebildet ist, unter welcher man lesen kann: „Zum Radek".

Gustav Roske in Deutschland hat sicher keine blasse Ahnung davon, daß er in dem kleinen Dorfe bei Cernosek einen Namensvetter hat, noch weniger, daß dieser sogar an seinem Hause den Weg zeigt, der zum Radek führt. Eigentlich hat Gustav Roske den deutschen Arbeitern ja auch gezeigt, wie man es machen muß, damit sie den rechten Weg finden und es ist nur ein Zufall, daß sein Namensvetter in dem Dorf bei Cernosek gleichzeitig auch ein Berufskollege von ihm ist. Sollte Gustav Roske einmal den Drang verspüren, bei den Arbeitern der Tschechoslowakei Vorträge über „Die kulturelle Bedeutung meiner Kampfmethoden" zu halten, dürfte er auf keinen Fall versäumen, einen kleinen Abstecher zu seinem Berufskollegen zu machen. Im Frühjahr ist es dort sehr schön und der biedere Fleischhauer Roske in dem kleinen Orte des Leitmeritzer Bezirkes wird sich freuen, seinen so berühmten Namensvetter persönlich kennenzulernen. Gustav Roske könnte sogar — welch verlockende Aussicht! — dem Radek auf den Kopf steigen, welch günstige Gelegenheit ihm bei seinem Freund Karl Radek nie und nimmer winken wird.

Catilina.

Die Schätze der sibirischen Steppe

k. g. Im Auftrage des sibirischen Revolutionskomitees machte sich Mitte März 1920 eine aus sieben kriegsgefangenen Deutschen und einem russischen Genossen nebst Frau bestehende Arbeitsgenossenschaft von Omsk aus auf den Weg nach den Salzseen der Kirgisensteppe. Aufgabe dieser Expedition war die Gewinnung von schwefelsaurem Natrium (Glaubersalz). An diesem wichtigen Medikament verfügte nämlich das Revolutionskomitee über im ganzen nur 500 Kilogramm.

Nachdem unter den größten Schwierigkeiten das allernotwendigste Gerät zur Improvisierung einer „chemischen Fabrik" beschafft war, begannen nach zehntägiger Schlittenreise die kühnen Pioniere mit ihrer Tätigkeit. Der Führer dieser Expedition, der deutsche Chemiker Polz, schildert jetzt in der „Chemiker-Zeitung" die ungeheuren Schwierigkeiten und Strapazen dieses Unternehmens in der tiefverschneiten, nur von nomadisierenden Kirgisen schwach bevölkerten Steppe bei Minus 31 Grad Celsius. Das Brennholz mußte man z. B. aus einem 180 Kilometer entfernten Walde beziehen. Später behalf man sich mit dem reichlich vorhandenen Schaf-, Kuh- und Kamelmist, der in der glühenden Steppensonne zu harten Brennziegeln trocknet. Die eigentliche chemische Fabrikation litt des weiteren unter dem Mangel an chemisch-wissenschaftlichem Gerät. Besonders schwierig gestaltete sich die Ernährung der kleinen Genossenschaft, die von den einheimischen Kosaken und Kirgisen nur gegen Austauschartikel Lebensmittel erhalten konnte. Für zwei alte Hemden gab es eine kleine Kuh, für eine alte Hose 15 Pfund Butter usw. Ende September mußten die Genossenschafter umkehren, da der auch in jener Gegend sich abspielende Bürgerkrieg sowohl den Bezug von Lebensmitteln wie auch den Abtransport der gewonnenen Chemikalien unmöglich machte.

Der deutsche Chemiker berichtet von hunderten solcher Steppenseen, bestehend aus konzentrierter Koch- und Glaubersalzlöse. Des weiteren gibt es Seen von Soda, Kupfersulfat und Salpeter. Kennzeichnend für die Erbitterung und Ausdauer der im Rücken gegen Kolischals Weiße Garden kämpfenden revolutionären Bauern ist die Mitteilung, daß dieselben aus den Seen Salpeter zur Fabrikation von Schwarzpulver gewannen. — Außerdem gibt es noch riesige Lager von Gips, Alabaster, Kalk, Ton, Asbest, Erdfarben und Erdwachs. Mächtige Stein- und Braunkohlenlager fordern direkt zur Begründung einer großen chemischen Fabrikation heraus. Denn all diese ungeheuren Naturschätze sind noch völlig unberührt, ja, zum größten Teil noch gar nicht mal richtig bekannt.

Die Alte, die immer und ewig weinte

Von Karl Quosig

Die Kinder auf der Straße riefen's hinter ihr her, sobald sie die Alte sahen.

„Seht, seht, da kommt sie, die Alte — die immer und ewig weint!" — —

Sie liefen hinter ihr drein, zupften sie am Rock, der wie das graue Elend um ihre Jammergestalt hin-und herschlotterte.

„Seht nur, sie weint schon wieder — sie weint immerzu!"

So riefen sie und lachten dazu.

Und sie ließ die Kinder gewähren, schüttelte den Kopf und fuhr mit der Hand über die ewig feuchten Augen. Nur manchmal, wenn sie es gar zu arg trieben, drehte sie sich um und sah die Kinder groß an. Dann wichen sie zurück. Sie hatten die verweinten Augen sehen — und Tränen, die über die eingefallenen Wangen liefen, und sie kannten diese Augen. Das waren dieselben roten, verweinten Augen, die sie bei der Mutter so oft sahen.

Dann wichen sie beschämt zurück und ließen die Alte in Ruhe.

Am anderen Tage wiederholte sich das Spiel. Sie kannten's ja nicht anders. Und die Kinder gaben ihr auch den Namen — die Alte, die immer und ewig weint. — — —

Ich sah sie zum ersten Male in einer Proletarierkneipe. Sie saß an einem kleinen Tisch, etwas abseits von den anderen. Mit dem Taschentuch fuhr sie fortwährend über die roten, dicken Augen. Verwahrlost und verkommen war sie und alt. Tiefe Furchen höhnten aus ihrem Gesicht, zeugend von Not und Sorgen. —

Sie weinte und weinte. Immerfort rannen ihr die Tränen in den Schoß oder tropften auf die verwelkten Hände und dabei schüttelte sie den Kopf, als jammere sie über irgend etwas. Ihr Atem ging kurz und stoßweise und wenn sie hustete, klang es hohl. — —

Die Umsitzenden machten sich über sie lustig, nannten sie „Schätzchen" und „Häschen" und dergleichen mehr. —

Sie lächelte nur immer verschämt. —

Manche Scherze waren recht unflätig. Dann schimpfte die Alte und beschämte die Spötter. Und es war ein guter Kern in den rauhen Männern. Sie bestellten Kognak für sie und Brot.

Und sie nickte den Männern dankend zu und trank den Kognak. Dabei fühlte sie wohl, daß ich sie beobachtete, denn sie sah mich an. Dann kam sie langsam zu mir herüber und sagte, wie um sich zu entschuldigen: „Ich habe das Asthma und der Arzt sagt, ich solle öfter einen kleinen Kognak trinken."

Ich nickte nur.

Dann erzählte sie mir ihre Geschichte, eine Geschichte vom falschen Mutterstolz, der ihr Leben zur Tragödie gestaltete. —

Es war ein Menschenschicksal, das an mir vorüberzog. —

In allen Worten klang erlittenes Leid und erduldete Qual nach.

Nach dem Tode ihres Mannes hatte sie sich mit ihrem kleinen Vermögen ein Materialwarengeschäft eingerichtet. Ihren beiden Söhnen ließ sie höhere Schulbildung angedeihen. Der älteste Sohn sollte Pfarrer werden und sie ließ ihn, ganz entgegen seiner Neigung, Theologie studieren. Der Sohn fügte sich ihrem Willen, da ihr falscher Stolz keine Vernunft aufkommen ließ. Er kam auf der Universität infolge seiner Unlust nicht weiter und endete durch Selbstmord.

Trotzdem ihr Mann nur ein kleiner Beamter war, wollte sie mit der niedrigen Bevölkerung nichts gemein haben. Ihre Söhne sollten sie einmal in die höhere Gesellschaft einführen. Der Aelteste war daran zugrunde gegangen; das bannte aber den Hochmutsteufel nicht. —

Dann kam der Krieg. Ihr Jüngster war damals 18 Jahre alt. Sie veranlaßte ihn, sich freiwillig zu melden. Unbegrenzte Liebe zur Mutter und eingeimpfter Gehorsam ließen es ihn tun, trotzdem sein Sinn nicht dahin gerichtet war.

Die Mutter stachelte ihn an, möglichst viel Ehrenzeichen zu erringen und in allen ihren Briefen mahnte sie ihn daran. —

Dann bekam sie plötzlich Nachricht, daß ihr Sohn auf einer Patrouille gefallen sei. — —

Die Einsamkeit brachte sie nun auf allerhand Gedanken. — Sie bildete sich ein, ihren Sohn in den Tod getrieben zu haben, glaubte, daß er, um ihren Stolz zu befriedigen, sich zu allem gemeldet hätte. —

Dazu kam noch, daß eine Frau, die im gleichen Hause wohnte und von welcher vier Söhne ins Feld mußten, jedesmal, wenn einer fortmachte, auf dem Hof ganz laut sagte: „Es wäre viel richtiger, erst den Feind zu verjagen, der im Lande sitzt. Merk Dir das, wenn Du wiedertommst, Junge." — —

Die vier Söhne dieser Frau waren wiedergekommen. — Das gab ihr zu denken und bestärkte sie in dem Glauben, daß ihr Sohn, wenn sie ihn nicht immer zu Heldentaten aufgestachelt hätte, auch wiedergekommen wäre, genau wie die vier. — —

Von den vier Söhnen dieser Frau hatten zwei nach dem Kriege wegen politischer Vergehen (die in der bürgerlichen Gesellschaft Proletarierin sehr schnell nachgewiesen werden) im Gefängnis gesessen. Die Mutter derselben äußerte bei jeder Gelegenheit ihren Stolz darauf. Sie sagte immer: „Sie kämpften für die Sache des Volkes, darum müssen sie leiden. Ich bin stolz darauf." —

Das bewirkte, daß sie auf einmal empfand, auf den Heldentod ihres Sohnes gar nicht stolz zu sein und das brachte sie auf den Gedanken, ihr Sohn sei für eine ungerechte Sache gefallen; denn onst hätte sie doch denselben Stolz empfinden müssen, als die andere Frau.

In ihr brach sich die Erkenntnis Bahn, daß sie von jeher auf falschen Wegen entlanggeschritten war.

Dazu kam noch, daß sie infolge der Preissteigerung und Ausbeutung des Kapitals, vorherige Kasse und dergleichen mehr, ihr Geschäft aufgeben mußte.

Alle diese Niederschläge und die inneren Zerwürfnisse machten sie immer hinfälliger und warfen sie zurück in die niedrige Bevölkerungsschicht, von der sie nie etwas hatte wissen wollen. — —

„Sehen Sie", schloß sie ihre Geschichte, „ich habe viel geweint, mir die Augen wund gerieben, bis sie schlimm wurden. Sie blieben so rot, als wären sie verweint und sie feuchten — als wären es Tränen."

Seither nennen mich die Kinder und auch die Großen: „Die Alte — die immer und ewig weint." — —

Langsam stand sie auf und ging an ihren Tisch zurück. — —

Nach 14 Tagen hörte ich, daß sich die Alte erhängt hatte. Auf der Diele ihrer kleinen Kammer, deren Inhalt sie, um leben zu können, hatte vollständig verkaufen müssen, fand man einen Zettel, worauf stand:

„An alle Mütter! Sollte man Eure Söhne wieder einmal gegen den fremden Feind schicken, so laßt sie nicht fort. Helft mit den Feind, der im eigenen Lande sitzt, zu besiegen. Hört auf eine Mutter, die ihren Sohn für einen ungerechten Krieg in den Tod schickte, in den Tod — für unsere Feinde im Lande, die uns unterdrücken!" — —

Das war alles, was sie hinterließ, die Alte — die immer — und ewig weinte. — —

Ihr Mütter denkt immer daran. — —

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230123-13/fragment/page=0003

Wie helfen sich die Kleinbauern?

Am 30. Dezember 1922 hielt der 50 000 Mitglieder umfassende „Reichsbund für Siedlung und Pachtung“ im Reichstag seine 3. Generalversammlung ab. Diese Tagung verdient das größte Interesse. Sie spiegelte in voller Schärfe den Bankrott kleinbürgerlicher Illusion wider.

Ueber die Erfahrungen in der Siedlungstätigkeit wurde von den Rednern mitgeteilt:

Soweit Pachtland gewährt wird, werden unerschwingliche Pachtzinse verlangt. Die Pachtzinse von 2 und 2,5 Zentnern Weizen pro Morgen müssen teilweise sogar vorausbezahlt werden. Auch in verschiedenen anderen Punkten wurde berechtigte Klage geführt. So erklärte ein Vertreter aus Mecklenburg, daß die kleinbäuerlichen Siedler gezwungen sind, Waldstreu zu stehlen, weil sie nicht in der Lage sind, das teure Stroh zu kaufen und andernfalls ihre Viehwirtschaft zugrunde geht. Zu der Steuerveranlagung erklärte ein schlesischer Vertreter, daß sie ganz der Willkür der großagrarischen Landbündler ausgesetzt seien, die den Finanzausschuß beherrschen. Den Kleinbauern von 1 bis 10 Hektar seien 80 Prozent zu den Normalsteuererträgen zugeschlagen worden, dagegen bei den Großgrundbesitzer nur 15 Proz. Durch alle möglichen Reklamierungen hatten viele Großgrundbesitzer noch keinen Pfennig von der Steuer von 1919 bezahlt. Bei den Kleinlandwirten dagegen gehe man mit aller Schärfe vor, ihnen werde kurzerhand vorgerechnet: Ihr müßt soundso viel Einnahmen haben und soundso viel Steuern bezahlen.

In bezug auf die Bodenfrage ist vorauszuschicken, daß der Reichssiedlungsbund einen Gesetzentwurf durch Volksabstimmung durchdrücken will, in dem die entschädigungslose Enteignung eines Drittels der Gesamtfläche der Großgrundbesitze gefordert wird. Der Vorsitzende, Herr Höft, gab auf der Konferenz die dabei zu beachtenden Maßnahmen bekannt. Genosse Unfried wies darauf hin, daß innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, selbst wenn diese Volksabstimmung erfolgreich wäre, das Gesetz zur entschädigungslosen Enteignung des Besitzes der Großgrundbesitzer nicht durchgeführt werde. Die Siedler müßten die Lehre ziehen aus dem Reichssiedlungsgesetz, das nur ein Ventil für den Druck der Arbeitermassen gewesen sei. Die Enteignung des Großgrundbesitzes könne nur ein Produkt des schärfsten Kampfes der arbeitenden Bevölkerung sein und nicht das Produkt einer Volksabstimmung. Unfried unterstützt dann den Antrag des Administrators Moritz, dahin zu wirken, daß sämtliche kleinbäuerliche Organisationen zusammengefaßt werden um gegen den Landbund, gegen die Großgrundbesitzer, gemeinsam mit den Arbeitern zu kämpfen. Der Bundesvorstand wird ermächtigt durch die Generalversammlung mit anderen kleinbäuerlichen Organisationen Verhandlungen über die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft zu führen.

Der von der Konferenz ausgehende Ruf nach Reformen, im selben Augenblick, wo sie den Bankrott der Reformpolitik festgestellt hat, zeigt die Hilflosigkeit und Entwurzelung des gesamten Kleinbürgertums, zeigt aber auch die noch bestehende Furcht vor dem revolutionären Klassenkampf. Aufgabe der Kommunisten ist es, daß die von den Kleinbauern nach den Arbeitern ausgestreckte Hand nicht ins Leere greift. An Hand der Mißstände, an Hand der getäuschten Hoffnungen der Siedler gilt es, diese für die Revolution zu gewinnen.

Vom Tage

11 Tote — Opfer kapitalistischer Profitgier

München, 22. Januar.

Am Sonnabend ereignete sich in einer Kasematte der ehemaligen Festung Ingolstadt ein schweres Explosionsunglück, bei dem 11 Personen, 9 Frauen und 2 Männer, ums Leben kamen. Die Explosion entstand bei der Zerlegung von Leuchtpatronen, die zur Veranstaltung von Feuerwerk dienen sollten und bereits in den Zersetzungsprozeß übergegangen waren. Die Feuerwehr drang mit Rauchschutzapparaten ein, fand jedoch bereits alle 11 Personen tot vor. Der Unternehmer Kappelmeier, der es unterlassen hatte, die notwendigen Schutzmaßnahmen zu treffen, wurde wegen fahrlässiger Tötung und Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz verhaftet.

Schlechte Gesundheit am Ende des Jahres. Die Gesundheit der Großstädte hat sich in der letzten Woche des Jahres, vom 24. bis zum 30. Dezember, insofern verschlechtert, als die Zahl der Städte mit zunehmender Sterblichkeit von 21 auf 27 gestiegen ist, die der mit abnehmender Sterblichkeit dagegen von 25 auf 17 zurückgegangen ist. Aus Berlin und München fehlen die Zahlen. Zugenommen hat die Sterblichkeit, auf 1000 Bewohner und aufs Jahr berechnet, in Hamburg auf 14,4, Köln 14,5, Leipzig 16,2, Dresden 17,3, Breslau 13,9, Frankfurt a. M. 11,8, Essen 14,2, Nürnberg 16,6, Stuttgart 12,7, Magdeburg 16,8, Bremen 14,8, Königsberg i. Pr. 16,9, Mannheim 11,4, Altona 12,2, Kassel 12,8, Aachen 18,8, Karlsruhe 13,5, Erfurt 15, Krefeld 15,2, Mülheim an der Ruhr 16,3, Hamborn 19,6, Lübeck 19,6, Plauen i. V. 10,4, Oberhausen 13,4, Wiesbaden 21,8, Ludwigshafen 9,7, Buer 18,2. Zurückgegangen ist die Sterblichkeit in Düsseldorf auf 10,2, Hannover 13,9, Dortmund 11,4, Chemnitz 13,4, Duisburg 14,9, Stettin 12,8, Kiel 14,8, Halle (Saale) 12,8, Gelsenkirchen 13,7, Barmen 16,3, Elberfeld 17,3, Augsburg 13,8, Bochum 14,7, Braunschweig 13,5, M.-Gladbach 13,3, Mainz 11,6, Münster i. Westf. 16,4.

Die weiße Schmach

In unserem Breslauer Parteiblatt lesen wir:

Am Dienstagnachmittag bewegte sich durch die Ofener Straße in Breslau ein ergreifender Leichenzug. Ein Junge zog einen Handwagen, auf dem ein mit Kränzen geschmückter Sarg lag, und ein Mann, jedenfalls der Vater, half schieben. Die Trauernden aber folgten bitter schluchzend einige Schritte hinterher. Der Junge, der einem seiner Geschwister den letzten Dienst erwies, hustete und keuchte und gab zu erkennen, daß seine Lungen vielleicht nicht viel besser als die des Verstorbenen sind, daß seine Tätigkeit wohl auch bald beendet sein wird. An den Wangen des Alten mit den gramverzerrten Zügen und den tiefliegenden Augen aber hatten sich die wenigen Tränen zu kleinen Eisklümpchen geformt, weil sein schwaches Herz nicht mehr instande ist, in seinem Körper die notwendige Wärme zu erzeugen. So zieht langsam der Zug vorüber.

Neugierig blicken die Straßenpassanten. Die einen schütteln ungläubig den Kopf, andere lächeln. Sie lächeln, weil sie das Elend noch nicht in seiner Größe erkennen; sie lächeln, weil sie nicht ahnen, welch gewaltige seelische Erschütterungen mit dem Demonstrationszug des Elends verbunden sind; sie lächeln, weil sie nicht das feurige Menetekel über den zusammenbrechenden Mauern der kapitalistischen Gesellschaft lodern sehen.

K.P.D.

Bezirksleitung für Halle-Merseburg.
Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1175. — Postscheckkonto Leipzig 107 001. Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Versammlungen.

Ortsverein Halle.

Kartell-Fraktion. Mittwoch, 24. Jan., abends 7½ Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft“: Sitzung.

Kommunistische Mieterräte. Mittwoch, 24. Jan., abds. 7½ Uhr, in der „Gold. Kette“: Versammlung.

Funktionäre. Donnerstag, 25. Jan., abends 7½ Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft“: Sitzung. Thema: „Bericht vom Bezirkstag“.

Fraktion der kommunistischen Bauarbeiter. Mittwoch, dem 24. Januar, abends 7½ Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft: Vorstandssitzung. — Zeitungen und Marken müssen abgerechnet werden. Ferner wird gebeten, daß je ein Genosse von den Töpfern, Glasern, Isolierern, Stukkateuren und Fliesenlegern mit erscheint.

Metallarbeiter-Vertrauensleute, -Betriebsobleute. Donnerstag, 25. Jan., ½5 Uhr, gleich nach Arbeitsschluß, in der Produkt.-Genossenschaft: Wichtige Sitzung.

Frauenabend. Mittwoch, 24. Januar, abends 8 Uhr: Gruppe V: Distrikte 13, 14 und 15 bei Köppchen (Unterberg); Gruppe VI: Distrikte 16, 17, 18 und 20 im „Volkspark“. Referenten zur Stelle.

Halle-Saalkreis.

Lettin. Mittwoch, 24. Januar, abends 8 Uhr, beim Gen. Janicke: Diskussionsabend.

Radewell. Mittwoch, 24. Jan., abds. 8 Uhr, im „Burgschößchen“: Mitgliederversammlung.

Ammendorf. Donnerstag, d. 25. Jan., abends 8 Uhr, im „Gasthof z. Eistertal“: Mitgliederversammlung.

Kreis Merseburg.

Schkeuditz. Mittwoch, den 24. Januar, abends 8 Uhr, im „Jugendheim“: Wichtige Funktionärsitzung.

Kreis Sangerhausen.

Kelbra. Donnerstag, den 25. Januar, abends 6½ Uhr, in der „Sängerhalle“: Sitzung aller kommunist. Stadtverordneten. Ref.: Genosse Joseph Schippa, Halle.

Alle Ortsgruppen der KPD. die Veranstaltungen vornehmen, und hierzu Drucksachen benötigen sind verpflichtet, diese in unserer Druckerei herstellen zu lassen.

Vereine

benötigen **Drucksachen!** Bestellt diese bei der Prod.-Genossenschaft Halle, Lerchenfeldstr. 14. Fordert Offert. ein.

Arb.-Sänger-Chor. Jed. Mittwoch, ab. 8 U. i. „Volkspark“: Singestunde.

Frauen- und Mädchen-Chor. Dienstag, 16. Jan., 8 Uhr, i. „Volksp.“: Singestunde. Donnerstag, den 25. Januar, abds. 8 Uhr, im „Volkspark“: General-Versammlung.

Die Naturfreunde. Stadth. Weidenpl. Dienstag: Gruppenabde Nord: Wittekindschule, Mitte: Laurentiusstraße. Gr. Süd: Abends ½8 Uhr, i. d. Torschule, eine Treppe: Werbevortrag. Gäste willkommen. — heute: Kommun. Kindergruppe im Heim Laurentius- und Breitestr.-Eck. Mittwoch: Naturw. Arbeitsgemeinsch. fällt aus. Treffen ½8 Uhr, im Thaliasaal. Donnerstag, abds. ½8 Uhr, im Heim, Weidenpl. 20: Leseabend.

I. Hall. Mand.-Orchest. Jeden Donnerstag, abends 7 Uhr, im Zeichensaale der alten Volksschule, Neue Promenade: Uebungsstunde.

Prolet. Kultur-Vereinig., Halle. Lokal: „Lüder. Berg“. Dienstag, nachm. v. 5–7 Uhr, i. „Lüder. Berg“: Kindergruppe. — ½8 U. i. „Lüder. Berg“: Diskussionsabend. Donnerstag, 7 Uh., im „Luderitz Berg“: Uebungsstunde der Musikabteilung, u. um 8 Uhr d. Bühne daselbst.

Arb.-Samar.-Kol. Halle. Jed. Dienstag, in d. Martinschul., Charlottenstr., Zim. 16: Uebungsstunde u. ärztlicher Leitung.

Arb.-Schwimm-verein, Halle a. S. Mitglied des Arb.-Turn- u. Sp.-B. Mittwoch, 24. Jan.: Keine Damen-Uebungsstunde. Donnerstg., 25. Jan., von 7–8 Uhr: Schüler- und Männerübungsstunde.

Arb.-Radfahr.-Bund „Solidarität“, Halle.

Allg. Arbeiter-Union (Rev. Betr.-Org.). Jeden Freitag, von ½8 bis ½10 Uhr, im „Volkspark“: Kassenstunden.

D. Arb.-Abstin.-Bund. Ortsgr. Halle. Geschäftsstelle: Zinksgartenstraße 15.

Komm. Arb.-Jugend. Ortsgr. Halle a. S. Jd. Montag, ¼8 U.: Zusammenkunft d. Funktionäre. Jeden Donnerstag, in d. Schillerschule: Gruppenabend. Mitglieder anderer Organisation. sind willkommen. Der Ortsrat.

Kom. Kindergruppe. Heim: Rathausst. 16. Heute, Dienstag, von ½5–½8 Uhr: Mandolinenstunde. Mittwoch, in den Gruppenlokalen: Spiele. Gr. Nord pünktlich von 4 bis 6 Uhr, im „Volkspark“.

Kom. Jugend, Halle. Rathausstraße 16. Heim geöffnet von 7–10 Uhr. Heute, Dienstag, in den bekannt. Turnhallen: Turnen. Donnerstag, abds. ½7 Uhr im Heim: Treffen all. Zehnerschaftsführ. Material mitbring. Vollständig abrechnen. — abends 7 Uhr, im Heim: Zentral-Vorstandssitzung. Pünktlich. Erscheinen all. Vorstandsmitglieder i. Pflicht.

Sportkl. 1909. Vereinsl.: Zur Blume, Torstraße 29. Uebungsstunde i. d. Johannesschule. Montag, Schülerabteilg.: Von 6 bis 7 Uhr. Jugendabteilung: Von 7 bis 9 Uhr. Donnerst., Jugendabteilung: Von 7 bis 9 Uhr. Versammlung: Jed. Sonnabend nach d. 1. im Monat.

Cröllwitz

Arb.-Gesangsverein, Cröllwitz. Vereinslok. Lindenhof. Gesangs-Abteilung: Mittwochs von 8 bis 10 Uhr. Turn-Abteilung: Dienstags u. Freitags v. 8–10 Uhr. Kinder-Mand.-Abt.: Jeden Donnerstag von 6–8 Uhr.

Werbt für den „Klassenkampf“.

An die Stadt- und Landbewohner von Halle und Umgegend!
Kaufe wieder sämtliche Rohprodukte, wie
Eisen, Lumpen, Papier, Felle u. sämtl. Altmetalle
zu den höchsten Tagespreisen,
Curt Zöhl,
Hauptgeschäft: Kl. Ulrichstraße 26 i. Hofe.
Tel. 4995. Inh.: Walter Zöhl.
1. Filiale: Schwetschkestraße 33, Ecke Bertramstr. Tel. 1356.
2. Filiale: Fritz-Reuter-Str. 1, Ecke Ludwig-Wucherer-Str. Telephon 4995.
3. Filiale: Königstraße 15, Ecke Landwehrstraße. Tel. 2812. 255

Kaufe alte Platten 1575
Grammophon . Kilo Mk.
August Kraft, Halle a. d. S.,
Steinweg 51 und Geiststraße 49. 264
Filialen in Eisleben, Helbra und Weißenfels.

Gold, Silber, Platin, (Bruch)
alte Zahngebisse
kauft
Abramowitz,
Schmeerstraße 14, I. 31

Gasparapparat.
Auf die unter diesem Kennwort in Nr. 14 erschienene Lokalnotiz erwidern wir folgendes: 253
Unsere tausendfach erprobte und von ersten deutschen Gaswerken geprüfte „Gehi“-Gasspardüse empfiehlt sich ohne das hiesige Gaswerk und sind bereits Tausende zur größten Zufriedenheit der Kunden in Halle eingebaut, worüber lobende Anerkennungen uns zuteil wurden.
Wir sind zu jeder Zeit bereit, abermals Versuche anzustellen.
„Gehi“, Gesellsch. f. Handel u. Industrie m. b. H., Hannover.
Zweigbureau Halle a. S., Kurze Gasse 1.

Gold- Bruch kauft
Silberwaren, Zahngebisse, Löffel, Uhren, Ketten, Ringe
Steinweg 25
H. Lichtenstein. 262

Eröffne Burgstraße 4 ein Rohprodukten-Geschäft. 263
Kaufe Lumpen, Knochen, Eisen, sowie sämtliche Rohprodukte
zu höchsten Tagespreisen.
A. Kläbsch, Burgstr. 14.

Streng reell, luxussteuerfrei!
Gold-, Silber-, Platin-Bruch,
Brillanten, Zahngebisse, Brennstifte sowie sämtl. Gegenstände in Edelmetall kauft 258
Hugo Lahl, Gr. Ulrichstraße 51.
Eing.: C.-T.-Lichtspiele, Hof rechts.

20000 Mk. Belohnung
zahlen wir demjenigen, der uns die gestohlenen
3 Bosch-Magnete
Z. U. 4. 1 959 694
Z. F. 4. 1 301 287
Z. 4. 2 092 615
wieder verschafft. Personen, die uns helfen, Diebe und Magnete zu fassen, erhalten Teilbelohnung.
Gebrüder Hartmann,
Ammendorf. *25

Sowjetsterne
wieder eingetroffen.
Bezirks-Zentralbuchhandlung
Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14 und deren Filialen. F

Achtung! Rohprodukten
Zahle diese Woche für 261
Papier, Zeitungen, Bücher, Lumpen, Knochen
extra hohe Preise.
Paul Kowalski,
Große Klausstraße 28, Laden.

„Ein Wort an Dich“
Wacht auf, Verdammte dieser Erde!
An die klassenbewußten, sozialdemokratischen Arbeiter Deutschlands!
Diese Schrift ist soeben erschienen und muß von jedem Arbeiter gelesen werden
32 Seiten stark. — Preis 20 Mk.
Zu beziehen durch unsere Filialen, alle Literatur-Obleute, Zeitungs-Verkäufer, sowie durch die
Bezirks-Buchhandlung, Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14. F

Viel Geld!
ersparen Sie an Schuh, wenn Sie
Nigrin
gebrauchen.
*26

Pelikan-Caramelbier
schwer eingebraut aus bestem Malz und Hopfen, nachgesüßt mit ff. Zucker.
Wegen seines hohen Nährwertes und seiner Alkoholarmut 251
das beste
Getränk für alle, die ihre Körperkräfte stärken und Alkohol vermeiden wollen.
Aerztlich empfohlen!
Achten Sie beim Einkauf genau auf die Schutzmarke
Pelikan!

Luxussteuerfreier Verkauf!
GOLD-, Silber-, Platin-Bruch,
Dublee, Brillanten
kauft laufend **Holland,** nur Schülershof 10,
vom Markt sichtbar. 259
Von 9 bis 6 Uhr geöffnet. Reelle Bedienung.
Alle Reparaturen werden billig ausgeführt.

Geld für jede **Wertsache**
Ein- u. Verk.-Halle
Martinstraße 5,
Lohse & Rast

Altmetalle
Stanniol :: Zinn ::
kaufen laufend 200
ebr. Plato
Metallwaren-Fabrik

Elfenbein,
beschäd. Billardbälle,
Brillanten,
Gold-, Silber- Bruch
Ringe, Ketten usw.
252 kauft laufend
Höwing,
Prinzenstr. 12,
Ecke Merseburg. Str.
Luxussteuer trage ich

Modezeitungen
empfiehlt
Volksbuchhandlung.

Brauner Schäferhund
m. Ringelschweif, auf den Namen Prinz hör., abhanden gek. Vor Ank. wird gew. Wiederbring. erhält Belohnung. *27
Holzhandlung Dessauer Str. 51.

Restaurant Produktiv-Genossensch. Halle a. S.,
Lerchenfeldstr. 14
empfiehlt seinen kräftigen
Mittag- u. Abendtisch
Bier: Gl. 75,00.

Jugendschriften
empfiehlt die
Volksbuchhandlung

Stadt-Theater.
Mittwoch, 254
nachmitt. 3½ Uhr:
Wie Klein-Else das Christkind suchen ging.
Mittwoch, abends 7½ Uhr:
Der Rosenkavalier

Geldscheintaschen 2
la. Leder, billigst
nur
Schmeerstr 19,
Lederwaren-Spezial-Geschäft.

Gold-, Silber-, Platinbruch 2
kauft ständig zu reellen Tagespr.
Emil Poenitsch jr.,
Marktplatz 13
Ecke Talamtstr.

Eröffnen Martinstr. 5
ein 257
Rohprodukten-Geschäft.
Kaufen Lumpen, Altmetalle, Eisen, sowie sämtl. Rohprodukte
Händler Extra-Preise.
Lohse & Rast.

Gold-, Silber-, Platin-Bruch,
Uhren, Brennstifte und Zähne
kauft 2.4
A. Sparmann, Gr. Steinstraße 47,
am Walhalla. Tel. 1293
Ausweis erforderlich! Luxussteuerfrei!

Ansichtspostkarten empfiehlt die Volksbuchhandlg.

Am Sonnabendabend 6½ Uhr entschlief sanft nach kurzer Krankheit mein innigstgeliebter Mann, unser treusorgender Vater, Schwieger- u. Großvater, der Bohrer

Carl Geier

im 70. Lebensjahre. 250

Dies zeigen tiefbetrübt an
Die trauernden Hinterbliebenen.
Halle, Schwetschkestr. 11, 22. 1. 1923.
Beerdigung: Mittwoch nachm. 2 Uhr v. d. Leichenhalle des Südfriedhofes.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230123-13/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis

Halle, den 23. Januar 1923.

Die „Einheitsfront"

Bürgertum und Sozialdemokratie wieder Arm in Arm

In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten standen die Sozialdemokraten mit den Bürgerlichen wieder in einer Front. Die Sozialdemokraten hatten eine recht zahme Entschließung gegen die fortschreitende Teuerung eingebracht, die an den Präsidenten des Reichstages gerichtet war. In dieser Entschließung wird vom Reichstag erwartet, daß er Schritte unternimmt, die Teuerung zu bekämpfen. Außer dieser Entschließung war noch ein dringlicher Antrag der Unabhängigen Kürbs und Otto, und der Kommunisten Günther, Weber und Illgenstein eingegangen. Dieser Antrag hatte folgenden Wortlaut:

„Die Stadtverordnetenversammlung von Halle (Saale) ersucht den Deutschen Reichstag, auf dem schnellsten Wege Maßnahmen zu treffen, die jetzigen ungerechtfertigten Preissteigerungen von Inlandserzeugnissen, die unabhängig von Auslandsprodukten hergestellt werden, sofort zu unterbinden.

Es wird als eine unerhörte Herausforderung der städtischen Bevölkerung angesehen, daß für einheimische, landwirtschaftliche Erzeugnisse Valutapreise gefordert werden. Wenn der Reichstag Wert darauf legt, die jetzige schwere politische Situation, in der sich die deutsche Republik befindet, nicht noch durch Hungerunruhen zu verschärfen, so ist es höchste Zeit, dem agrarischen Lebensmittelwucher auf dem kürzesten Wege Einhalt zu tun.

Der Milchpreis in Halle ist innerhalb acht Tagen um 60 Mk. gestiegen. Hunderte von Müttern sind nicht mehr in der Lage, Milch für ihre Kinder zu kaufen. Es steht aber fest, daß die Landwirte ungeachtet dessen ihre Schweine mit Milch mästen, um recht schnell höhere Preise zu erzielen. Die Naturbutter ist in derselben Zeit um 2000 Mk. das Pfund gestiegen. Fleisch, der Zentner um 50 000 Mk., Eier, das Stück um 50 Mk. usw. Die Zufuhr von Kartoffeln, das wichtigste aller Nahrungsmittel für die arbeitende Bevölkerung, ist ganz ausgeblieben. Tausende von Klein- und Sozialrentnern, Arbeitslosen, Kriegsverletzten, Witwen und Waisen wissen nicht mehr, womit sie ihren Hunger stillen können. Die Not ist so groß, daß auf den Wochenmärkten die Müllhaufen nach Abfällen von Nahrungsmitteln durchgesucht und zur Ernährung gesammelt werden.

Angesichts dieser erschreckenden Tatsachen ersucht die Stadtverordnetenversammlung den Deutschen Reichstag, auf dem schnellsten Wege diese Not zu mildern und den schamlosen Wucher sofort zu unterbinden.

Die Stadtverordneten-Versammlung Halle (Saale)."

Die Bürgerlichen, einschließlich der Deutschnationalen, hatten gegen die Form wie auch gegen den Inhalt der pflaumengelben sozialdemokratischen Entschließung nichts einzuwenden. Nur der Ausdruck „werktätige Bevölkerung" störte den deutschnationalen Agrarprofessor Steinbrück, der beantragte, daß an Stelle dieses einseitigen Ausdrucks die „wirtschaftliche Existenz der städtischen Bevölkerung" gesetzt werde. Die verbürgerlichten Sozialdemokraten erklärten sich mit dieser Aenderung einverstanden. Die von den Deutschnationalen abgeänderte Entschließung wurde angenommen. Dann kam der dringliche Antrag der Unabhängigen und Kommunisten zur Beratung. Steinbrück von den Deutschnationalen entrüstete sich über die scharfen Ausdrücke, „die die Gegensätze in einer Zeit verschärfen, wo doch die Geschlossenheit des gesamten deutschen Volkes gegen den äußeren Feind so dringend notwendig sei." Der Unabhängige Kürbs betonte, daß diese scharfe Form aus ganz bestimmten Erwägungen heraus gewählt worden sei. Die scharfen Ausdrücke seien insbesondere an die Kreise gerichtet, die die Bevölkerung aushungern und schlimmer seien wie die Franzosen. Auch der Vorsteher gab sich alle Mühe, den Antrag abzuwürgen. Als alle Stricke gerissen waren, die Antragsteller aber den Antrag nicht zurückziehen wollten, ließ er über die Dringlichkeit abstimmen. Din Linke war gestern wieder in der Mehrheit. Darum stimmten auch drei VSPD.-Vertreter (Dürrfeld,, Gerig und noch einer) gegen die Dringlichkeit. Der Antrag wird nun erst in der nächsten Sitzung beraten. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der Vorsteher den Tod des Stadtverordneten Bock (VSPD.) bekannt. Die Versammlung hatte sich von den Plätzen erhoben. Dann wurden der Demokrat Ehrhardt und Genosse Groß als Stadtverordnete eingeführt. Der Oberbürgermeister Rive beschäftigte sich hierauf mit einem Artikel der deutschvölkischen „Halleschen Zeitung", die sich über eine beabsichtigte Entfernung des „Sieges"-Denkmals auf dem Marktplatz aufgeregt hatte. Der Oberbürgermeister stellte fest, daß sich der Magistrat bisher mit dieser Angelegenheit noch nicht befaßt hat. Er betonte aber, daß die Möglichkeit der Entfernung des Denkmals wegen des Ausbaues der Transformatorenanlage auf dem Marktplatz besteht. Dann beruhigte er die bürgerlichen Monarchisten und Kriegsverherrlicher mit der Zusicherung, daß es selbstverständlich sei, wenn das Denkmal vom Marktplatz entfernt werden müßte, es an einer anderen Stelle wieder aufgerichtet werde. Wirklich, Herr Rive? Wir glauben, daß auch die Arbeiterschaft da noch ein Wörtchen mitreden wird.

Die Tagesordnung enthielt nur Neuwahlen der Deputationen, Ausschüsse und des Sparkassenvorstandes, ferner eine Reihe von Rechnungsentlastungen. Die übrige Tagesordnung wurde in geheimer Sitzung verhandelt. Ein Antrag unseres Genossen Illgenstein, einen wichtigen Punkt (Verstaatlichung der Polizei?) in der öffentlichen Sitzung zu behandeln, wurde abgelehnt. Wahrscheinlich haben wieder einige Sozialdemokraten für die Behandlung dieser Angelegenheit in der nichtöffentlichen Sitzung gestimmt. Die Linke war ja gestern auch in der Mehrheit.

Staatliche oder städtische Polizei?

Diese Frage hat gestern die Stadtverordnetenversammlung erneut beschäftigt; nicht in einer öffentlichen Sitzung, sondern in einer geheimen. Unsere Genossen hatten zwar die Oeffentlichkeit beantragt, aber die Sozialdemokraten lehnten gemeinsam mit dem Bürgertum diesen Antrag ab. Warum? Damit ihre ungeheure Blamage in den vier Wänden der Stadtstube bleibt. Sie befinden sich in der Frage der Verstaatlichung der Polizei in einer äußerst schwierigen Lage. Sie sollen auf der einen Seite als Stadtverordnete die Interessen der Stadt wahrnehmen und auf der anderen Seite dürfen sie ihren Parteigenossen, den Polizeiminister Severing nicht treten. Und so wurde denn auch in der gestrigen geheimen Sitzung von ihnen in der Polizeifrage eine Erklärung abgegeben, daß sie der Magistratsvorlage nicht zustimmen könnten, da die Vorlage zu spät in ihre Hände gekommen sei. Im übrigen aber forderten sie vom Magistrat, nochmals in Verhandlungen mit der Regierung einzutreten. Diese Erklärung hat den Oberbürgermeister ganz erregt gemacht. Er bezeichnete sie als die traurigste Leistung, die er je gehört habe. Er fügte hinzu: „Wie kann sich eine ganze Fraktion so blamieren!"

Der Fraktionsbeschluß der VSPD. ist tatsächlich ein offensichtlicher Versuch, Parteipolitik zum Schaden der Stadt zu treiben. Alles natürlich aus Rücksicht auf ihren Parteigenossen Severing.

Auf Grund dieser Erklärung konnte selbst der Magistrat kein Interesse mehr an der Nichtöffentlichkeit der Sitzung haben. Er beantragte daher die Wiederherstellung der Oeffentlichkeit. Der Antrag jedoch wurde ebenfalls abgelehnt, und zwar durch das Verhalten der VSPD., da einige Mitglieder der vereinigten Uneinigen dagegen stimmten. Man kann das schon verstehen. Denn würde die Oeffentlichkeit wieder hergestellt werden, dann hätte die Bevölkerung die Skrupellosigkeit dieser Parteischieber kennen gelernt, die in geheimen Sitzungen die Interessen des kapitalistischen Staates gegenüber den städtischen Interessen in ganz unsachlicher Weise vertreten, nur weil ihr Parteifreund Severing an der Spitze der Polizei steht.

Empfindliche Verleumder

„Der Fall Schnetter wird immer bedenklicher" so schreibt das „Volksblatt" gestern — bedenklicher für die Schufterle, Garbe, Kasparek und Co. nämlich Sie reden nicht mehr von der Millionen-Belohnung und müssen ihren angeschwindelten Lesern mitteilen, daß die Bezirksleitung der KPD. dem Genossen Schnetter den Auftrag gegeben hatte, mit Döltz zu reden. Wie geprügelte Jungens stehen die Verleumder zerknirscht in der Ecke und rufen nach dem „großen Bruder" — dem Kadi.

So sind diese feigen Burschen. Seit Jahr und Tag schleifen sie bekannte Genossen durch den Kot. Erst vor wenigen Monaten setzten sie ihren Lesern die Behauptung vor, die „Klassenkampf"-Redakteure lebten luxuriös und kleideten ihre Frauen in Samt und Seide von russischen Rubeln. Dabei hat keiner unserer Kollegen eine solche Wirtschaft wie Kasparek und keiner kann seine Frau so kleiden wie Kasparek Selbst kaum geborene Kinder unserer Genossen ziehen diese sauberen Patrone mit in ihre Gosse. Fünf volle Tage bewarfen sie jetzt den Genossen Schnetter mit Dreck. Da ihnen nun auch ein Dreckspritzer in ihre „erhabene Visage" flog, schreien sie Zeter und Mordio.

Das „Volksblatt" ladet uns ein, ihren Verantwortlichen zu verklagen Das fehlte grade noch. Wenn nicht einmal ein Staatsanwalt dem „Volksblatt" die revolutionäre Ehre antut, seine Redakteure vor den Richter zu zitieren, dann sollten wir? — ach, wie naiv! Nein, wenn wir angegriffen werden, dann wehren wir uns selbst. Und wir werden keinem etwas schenken. Wer aber feig alt und gebrechlich auf Hintertreppen verleumdet und jeder offenen Auseinandersetzung ausweicht — der braucht zur Rettung seiner schwachen Position den Richter des Klassenstaates.

Wir freuen uns auf dieser Prozeß und nehmen an, daß Karl Garbe dort die von uns am Sonnabend gestellten Fragen beantworten wird. Im „Volksblatt" ist nur ein Teil unserer Fragen beantwortet. Garbe will **„vollkommen selbstlos und ohne Gegendienst" einem hilfsbedürftigen, im Monat November aus Düsseldorf zugereisten „weiblichen Mitglied der Kommunistischen Jugend" „finanzielle Hilfe" und einen vollen (!) Tag Obdach gewährt haben.** Die Mildtätigkeit Garbes in allen Ehren! Aber wir können das Fragen nicht lassen. Sollte sich ausgerechnet in Halle nicht eine kommunistische Familie gefunden haben, die jenes „weibliche Mitglied der Kommunistischen Jugend" aufgenommen hätte, bis ihre Hilfsbedürftigkeit (vielleicht mit Hilfe der in der VSPD.-Fraktion des Reichstages bekannten Mutter) behoben war? Weiß Karl Garbe wirklich nicht, daß unter einem Dach mit ihm ein Verwandter dieses „weiblichen Mitglieds der Kommunistischen Jugend" arbeitet und Mitglied der VSPD. ist?

Das „Volksblatt" behauptet, der Name der Angeberin des Emil Werner sei ihm noch heute unbekannt Wer hat ihm denn aber mitgeteilt, daß Genosse Schnetter mit Döltz (unter vier Augen) gesprochen hat? Sollen wir deshalb Kasparek verklagen, damit Garbe unter Eid diese Frage beantworten kann? Wir begreifen die Lage des sozialdemokratischen Polizeileiters Döltz. Er muß sich dem Diktat der VSPD. fügen und darf keine Erklärung abgeben, die der Wahrheit die Ehre gibt und die Verleumdungen des VSPD.-Blattes polizeilich bescheinigt

Bei ihrem jämmerlichen Rückzug in der Montagnummer geben die „Volksblatt"strategen auch die „Absicht" zu, durch ihre gemeinen Anwürfe die kommunistischen Mitglieder zu verwirren. Das ist ihnen glänzend vorbeigelungen, wie der einstimmig gefaßte Beschluß des Bezirksparteitages zeigte. In der VSPD. aber bestehen seit den „Enthüllungen" starke Differenzen und die geblendeten Mitglieder werden erkennen, daß dort mit solchen Unverschämtheiten keine Schulung zum Sozialismus erreicht wird.

Die Klassenjustiz stellt sich naiv

Wegen Waffenschiebung wurden jetzt 26 meist jugendliche Angeklagte zu 5000 bis 15 000 Mk. Geldstrafe verurteilt. Das bedeutet in der Zeit der heutigen Geldentwertung noch nicht einmal eine Bagatellstrafe. Die nationalistischen Burschen erklärten, die Maschinengewehre, Infanteriegewehre und Handgranatenkisten nur zum Schutze gegen die drohende Räterepublik aufbewahrt zu haben. Das Gericht stellte sich so, als ob es diese und die andere Behauptung, daß im Notfalle die Waffen der Reichsregierung zur Verfügung gestellt werden sollten, für glaubwürdig erachte. Außerdem nahm das Gericht als strafmildernd an, daß der Jungdeutsche Orden, dem die Angeklagten angehören, der Republik nicht feindlich gegenübersteht. Darum ist er gewiß auch nur auf dem Papier verboten. Solche Richter, die auch noch den Rathenaumördern, den Harden-Attentätern und ihren Gesinnungsverwandten patriotische Milderungsgründe zuerkennen, verdienen nicht nur den Jungdeutschen Orden, sondern alle Ehren- und Abzeichen der wilhelminischen „großen Zeit".

Ausstellung über Sowjet-Rußland

Die in der Buchbinderei der Produktivgenossenschaft aufgestellte Ausstellung über Sowjet-Rußland machte die Besucher durch die kolossal wirksamen Plakate mit der mächtigen Agitation bekannt, die der junge proletarische Staat betreibt, andrerseits gaben die ausgelegten, technisch hervorragenden Photographien eine lebendige Anschauung vom täglichen Treiben, von Armee, Schule und Führern in Rußland.

Die Plakate hämmern mit zwingender Deutlichkeit die großen Tatsachen der kapitalistischen Ausbeutung in die Gehirne der Beschauer. Hier — die Dreieinigkeit: Kapitalist, Priester und Kaiser mit Peitsche und Schwert, auf dem Rücken zusammenbrechender Proleten thronend, dort — das Hungergebiet inmitten überreicher Klöster und Kirchen, die nichts herausgeben wollen für die Verelendeten, dort wiederum — ein Mai-Jubeltag, an dem sich die Arme der Genossen zu unbändiger Schaffenslust straffen. Die ungemein wirkungsvolle Bildreklame beweist, welch schöpferischfreudige Kräfte dort an der Arbeit sind.

Die Photographien zeigen Modellierübungen in einer Arbeitsschule, tadellos disziplinierte Reihen von Rotgardisten, Massenversammlungen, den Worten der Führer in höchster Gespanntheit lauschend.

Die Ausstellung insgesamt — ein kraftvolles Zeugnis für die umfassenden Aufbauarbeiten der russischen Kommunisten. Nur einen proletarischen Staat gibt es in der Welt — und er bewirkte es, daß Presse, politische Diskussion und Literatur der Weltstaaten an diesem Phänomen nicht vorübergehen können, ohne zu ihm ernstlich Stellung zu nehmen. Und die vielen positiv anerkennenden Schilderungen, die selbst bürgerliche Journalisten über Sowjet-Rußland zu Papier gebracht haben, zeigen — wie das Material, das die Ausstellung lieferte, die Verlogenheit der über Rußland verbreiteten, kommunisten-feindlichen Schauermärchen.

Zuckerraffinerie Halle

Nach den Vereinbarungen werden auf die Dezemberlöhne für die beiden Wochen vom 15. bis 28. Januar 38 Prozent gewährt und als Abgeltung für die beiden ersten Wochen des Januar 22 Prozent. Die Wochenzulage ist nicht geändert worden, sie beträgt nach dem Beschluß vom 10. Januar 40 Prozent.

Der Streik im Glasergewerbe beendet

Die organisierten Glaser haben nach dreiwöchigem Kampfe ihre Forderungen durchgedrückt. Sämtliche bestreikten Betriebe haben die im Schiedsspruch festgesetzten Löhne anerkannt, so daß in allen Fällen jetzt die Nachzahlung der vorenthaltenen Dezemberlöhne erfolgen muß Der Erfolg war nur möglich, daß die Kollegen geschlossen den Kampf geführt haben. Nur in einem Betriebe haben die Kollegen nicht durchgehalten und sind bereits nach sieben Tagen Streik ihren kämpfenden Kollegen in den Rücken gefallen, und zwar in dem Glasereibetriebe der Firma Hugo Hoffmann, Dessauer Straße. Ein Mitglied der Glaserfachgruppe des Deutschen Baugewerksbundes, Paul Schröter, ist wegen Streikbruchs aus dem Verband ausgeschlossen worden. An den Zuständen bei der Firma Hoffmann sind die Kollegen selbst schuld. Hätten die Kollegen mehr Rückgrat gezeigt, dann wäre auch Herr Hoffmann gezwungen worden, bessere Arbeitsbedingungen anzuerkennen.

70 000 Papiermark für ein Zwanzigmarkstück

Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt in der Woche vom 22. bis 28. Januar zum Preise von **70 000 Mark für ein Zwanzigmarkstück, 35 000 Mark für ein Zehnmarkstück.** Für ausländische Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt. Der Ankauf von Reichssilbermünzen durch die Reichsbank und Post erfolgt vom 22. Januar bis auf weiteres **zum 1500fachen Betrage des Nennwertes.**

Aus dem graphischen Gewerbe

Generalversammlung der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen

Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten wurden die Betriebskassierer aufgefordert, die Beitragsgelder, wenn diese 6000 Mk. erreicht haben, sofort an die Verwaltungsstelle abzuliefern. Die Einnahmen für die Ortskasse betrugen 31 454 Mk. und die Ausgaben 28 087,50 Mk. Der Mitgliederbestand beträgt 49 männliche und 284 weibliche. Kollege Bielig gab dann einen ausführlichen Rückblick über das letzte Jahr. Die Neuwahl der Verwaltung hatte folgendes Ergebnis: Vorsitzender Kollege Gerig, Kassierer Kollege Bielig, Schriftführer: Kollege Tschöcke; Beisitzer: die Kolleginnen Helbig, Lange, Richter, Sander und Kollege Scheibe. Ueber den neuen Tarif berichtete Kollege Bielig. In der Diskussion wurde die gesamte Kollegenschaft aufgefordert, bei der stattfindenden Urabstimmung den Tarif abzulehnen. Ein Antrag, sich an der Urabstimmung überhaupt nicht zu beteiligen, wurde abgelehnt.

* **Frauenabende.** Mittwoch, den 24. Januar, abends 8 Uhr, Gruppe V, Distrikte 13 14, 15 bei Köppchen, Unterberg, Gruppe VI, Distrikte 16, 17, 18, 20 im „Volkspark". Referenten zur Stelle.

* **Annahme gewöhnlicher Pakete durch die Paketbesteller.** Die Paketbesteller in Halle dürfen gewöhnliche Pakete zum Abliefern an die Postanstalt annehmen Die Abholung aus der Wohnung kann schriftlich oder durch Fernsprecher Nr. 7551 bei dem Postamt 2 (Thielenstraße 2a) bestellt werden. Für die Bestellschreiben oder -karten, zu denen möglichst ungestempelte Postkarten zu benutzen sind, wird keine Gebühr erhoben; sie können in die Briefkasten gelegt oder den bestellenden Boten mitgegeben werden. Die Paketbesteller nehmen die Pakete in den Häusern, die sie zum Bestellen oder Abholen betreten, oder an den Stellen entgegen, wo ihr Fuhrwerk hält. Für jedes Paket ist außer der Freigebühr eine Nebengebühr von 50 Mk. voraus zu entrichten.

* **Selbstmord.** Am Sonnabendnachmittag erhängte sich ein Arbeiter in seiner Wohnung in der Raffineriestraße. Der Grund zur Tat ist nicht bekannt.

* **Schlägereien.** In der Nacht zum Sonntag entstand in einem Schanklokal in der Hardenbergstraße unter den Teilnehmern eines Vereinsvergnügens eine wüste Schlägerei, so daß das Lokal durch Polizeibeamte geräumt und geschlossen werden mußte. — In der Nacht zum Dienstag fand in einer Gastwirtschaft in der Leipziger Straße zwischen mehreren Personen eine Schlägerei statt, wobei eine Person durch Messerstiche erheblich verletzt wurde, die eine ärztliche Behandlung notwendig machte. Die Namen der Täter wurden in beiden Fällen festgestellt.

* **Ein Scheckschwindler festgenommen.** Auf Grund telegraphischer Verfolgung wurde auf dem hiesigen Bahnhof ein Glasmacher aus Sonneberg festgenommen, der größerer Scheckschwindeleien beschuldigt wird.

* **Vermißt.** Am 17. Januar hat sich das 22jährige Dienstmädchen Luise Weber aus Höhnstedt aus Große Ulrichstraße 18 entfernt. Nach einem Brief, der an der Saale auf einer Bank vorgefunden wurde, ist es nicht ausgeschlossen, daß sie sich das Leben genommen hat. Beschreibung: 1,63 Meter groß, schmächtig, kurzes, braunes Kopfhaar, bleiches Gesicht mit vorstehenden Backenknochen, braunen Augen, an einem Fuß ein Ballen. Kleidung: Brauner Mantel, blauweißes Hauskleid, schwarze Halbschuhe und weiße Schürze. **Personen, die über den Verbleib der Vermißten Angaben machen können, werden gebeten, sich bei der Kriminalpolizei, Zimmer 117, zu melden.**

* **Gassparapparat.** Zu dieser Notiz in Nr. 14 des „Klassenkampf" wird uns von der Gesellschaft für Handel und Industrie, Zweigbureau Halle, Kurze Gasse 1, mitgeteilt, daß nach den vorliegenden amtlichen Gutachten vieler Gaswerke, bei denen Versuche aller Art vorgenommen wurden, große Ersparnisse erreicht worden sind. Sämtliche Gutach[illegible] liegen für jeden Interessenten in deren Bureau zur Einsi[illegible] aus.

Theater und Konzerte

Konzertabend der beiden Bulgaren Wladigeroff. Am Sonnabend, dem 27. Januar, findet im Thaliasaal ein Wladigeroffabend statt, der von dem bulgarischen Studentenverein in Halle veranstaltet wird. 50 Prozent des Reinertrages werden an die hungernden russischen Kinder abgeführt. Der junge bulgarische Komponist Tantscho Wladigeroff und sein Bruder Lüben Wladigeroff (Violine) haben in Deutschland schon eine Reihe Konzerte gegeben, jetzt erst wieder in Berlin, und überall große künstlerische Erfolge erzielt. Uns liegen allerbeste Kritiken vor. Ein Besuch dieses Konzerts ist nur zu empfehlen.

Freie Volksbühne. Die Theaterkarten für das sechste Werk („Die Zauberflöte" und „Der politische Kannegießer") sind für alle Bezirke diesmal nur in der Geschäftsstelle einzulösen, und zwar **für G vom 24. bis 27. Januar, für die übrigen vom 26. Januar bis 3. Februar. Infolge der Geldentwertung und der damit verbundenen Erhöhung der Stadttheater-Eintrittspreise ist mit einer sehr erheblichen Erhöhung zu rechnen.**

Sport

Ballspielklub Giebichenstein und Sportverein Reideburg standen sich am Sonntag im Freundschaftsspiel gegenüber, das bis zum Ende flott und fair durchgeführt wurde. Reideburg stellte eine gute ausgeglichene Mannschaft, während bei Giebichenstein noch ein paar schwache Posten zu verzeichnen waren. Das Zusammenspiel war beiderseits gut. Mit Wind spielend, war Giebichenstein in der ersten Hälfte überlegen, ohne jedoch etwas zu erzielen. Ein „Eifer" wurde verschenkt. Kurz nach Seitenwechsel ging Reideburg in Führung Giebichenstein konnte jedoch noch mit 2:1 für sich entscheiden. Das Spiel hinterließ einen guten Eindruck.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Louis Drechsler; für Anzeigen: Fritz Kroh. Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Gummi-Bieder, Mäntel — Schläuche, nur Gr. Steinstraße 35.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230123-13/fragment/page=0005

Bezirksparteitag der KPD. Halle-Merseburg

Am Sonnabend und Sonntag fand in der „Produktiv-Genossenschaft" in Halle der Bezirksparteitag der KPD. Halle-Merseburg statt. Der Parteitag war aus dem ganzen Bezirk außerordentlich stark beschickt. Nach Eröffnung desselben durch den Genossen Schumann am Sonnabend nachmittag 5½ Uhr wurde zunächst auf Antrag des Genossen Holzweißig (Torgau) eine siebengliedrige Kommission mit den Genossen Vorrmann (Bitterfeld), Lauchnitz (Mühlberg), Lehmann (Zahna), Schröder (Zeitz), Tretschok (Selpen bei Zschortau), Blaß (Sangerhausen), Sachse (Bitterfeld), gewählt, die die angebliche Denunziierung der Denkmalssprenger durch den Genossen Schnetter untersuchen sollte. Dann wurden in das Präsidium zewählt: Genosse Chemnitz (Wittenberg), Genosse Riegel (Eisenburg) und die Genossin Machlitt (Eisleben). Anwesend waren außer den Delegierten Vertreter der Zentrale, des Oberbezirks, der Bezirke Berlin-Brandenburg, Magdeburg-Anhalt und Westsachsen. Die Redezeit wurde für Referenten auf 1 Stunde und für Diskussionsredner auf 10 Minuten festgesetzt. Ein Antrag zur Regelung der Entschädigung für die Delegierten wurde angenommen. Hierauf wurde in die Tagesordnung eingetreten.

Bericht vom vierten Kongreß der Kommunistischen Internationale

Genosse Schumann führte hierzu etwa folgendes aus: Die Kommunistische Internationale ist in der Zeit vom dritten zum vierten Kongreß um weitere zehn auf 63 Parteien gewachsen. Die Frage der neuen ökonomischen Politik spielt für alle Länder in der kommenden Revolution eine große Bedeutung. Lenin hat besonders über die neue ökonomische Politik in Rußland gesprochen. Der Kongreß hat sich eingehend mit dieser Frage beschäftigt, weil sie auch Gefahren durch die Konzessionen an die Bourgeoisie mit sich bringt. Aber Lenin sagt selbst, daß diese Politik nicht ewig dauern wird und es ist auch dafür gesorgt, daß die Bäume der Kapitalisten nicht in den Himmel wachsen. **Solange die proletarische Klasse die Macht in den Händen hält, darf und kann auch diese Macht gewisse Konzessionen machen.** Die Lehren, die wir aus der neuen ökonomischen Politik in Rußland zu ziehen haben, sind nicht die, daß wir fünf Jahre nach der deutschen Revolution dieselbe Politik treiben müssen, die heute Rußland treibt, sondern daß man in der Zeit nach der Machtergreifung gewisse Teile der alten kapitalistischen Wirtschaft vielleicht fortführen wird, um die neue Wirtschaft hoch zu bringen. Deutschland mit seiner technisch geschulten Arbeiterschaft wird vielleicht andere Schwierigkeiten haben als die russischen Arbeiter. Die ökonomische Politik wird in jedem Lande nach der Revolution verschieden sein, weil die Gruppierung der Gesellschaftsschichten wie auch die ökonomische Entwicklung verschieden ist.

Genosse Trotzki hat sich ebenfalls mit der neuen ökonomischen Politik beschäftigt und betonte, daß wir vor allen Dingen bei der Entwicklung der Revolution darauf achten müßten, daß die Partei nicht im Opportunismus untergeht. Er zeigte, daß es in allen Parteien und auch in der Kommunistischen Internationale „linke" und „rechte Gefahren" gibt. Es sei keine Sektion frei von diesen Strömungen. Trotzki sagt aber auch, daß die Gefahr nach rechts größer ist als die nach links. Die Gefahr nach links ist weniger groß, weil links von der Kommunistischen Partei nur kleine unbedeutende Splitter vorhanden sind, die die Partei nicht für „linke Dummheiten" mißbrauchen kann, wohingegen rechts die starke SPD. steht, durch die natürlich sehr leicht opportunistische Strömungen auch in unserer Partei entstehen können. Besonders groß ist die Gefahr, wenn z. B. große Teile der USPD. zur Kommunistischen Partei übertreten; denn es ist klar, daß diese Arbeiter mit dem Wechseln des Mitgliedsbuches noch nicht die Thesen der Kommunistischen Internationale kennen und auch nicht gleich danach handeln werden. Wir erleben diese rechten Gefahren jetzt täglich. Die Frage der Ruhrbesetzung ist eine Gefahr. Sehr einmal die Stellungnahme der USPD. an. **Wenn wir uns gegen den räuberischen Imperialismus wehren, so nicht deshalb, weil wir Deutsche sind, sondern weil wir Proletarier sind, die von den internationalen Räubern ausgebeutet werden.** (Bravo!) **Wer die Frage anders behandelt, der beweist nur, daß er an die Bourgeoisie große Konzessionen zu machen bereit ist.** Die Gefahr des Opportunismus ist, wie Trotzki sagt, natürlich am größten, wenn Parteien geschlossen von der zweiten zur dritten Internationale übertreten. Bei Parteien, die schon gesäumt haben, ist die Spreu vom Weizen bereits geschieden. Die Richtigkeit dieser Feststellung wird bestätigt durch die normegische Partei, die nach zwei Jahren Mitgliedschaft zur Kommunistischen Internationale sich noch immer nicht an die Beschlüsse der Kongresse oder der Exekutive halten kann. Aehnlich ist es auch mit der französischen Partei. In solchen Parteien sind die opportunistischen Gefahren groß, weil sie aus der alten Partei mitgebracht werden. Trotzki zeigte aber auch die linken Gefahren; denn für die Linke ist die Kleinarbeit ganz nebensächlich. **Wer aber die kleinen Erfolge nicht will, der wird auch keine großen Erfolge haben!**

Eine sehr wichtige Frage wurde in dem Referat Bela Kuns angeschnitten, die Frage der Disziplin. Gerade in Deutschland ist man gezwungen, von einer zigeunerhaften Disziplinlosigkeit zu sprechen. In Rußland gibt es keinen Genossen, der sich weigert, einen Auftrag der Partei auszuführen. Wird auch von ihm das Schlimmste verlangt. Er führt den Auftrag aus! In Deutschland und auch in unserem Bezirk ist es notwendig, daß die Parteigenossen die unbedingte Disziplin anerkennen. Wir werden natürlich von heute auf morgen die Disziplin der russischen Genossen nicht übernehmen können, aber wir müssen uns daran gewöhnen, daß wir Mitglieder einer revolutionären Kampfpartei sind und nicht Mitglieder eines Kegelklubs. (Beifall.)

Dann streifte Genosse Schumann zum Schluß noch kurz die Frage des Programms, das der fünfte Kongreß endgültig festlegen wird, die Gewerkschaftsfrage, die Offensive des Kapitals, die Frage der Einheitsfront und der Arbeiter-Regierung. Wir haben darüber bereits bei der Berichterstattung des Genossen Schumann vor den hallischen Funktionären berichtet.

Die Diskussion

Genosse Heinz Neumann überbringt zunächst die Grüße der Berlin-Brandenburger Genossen. Er spricht über die „rechten" und „linken Gefahren", untersucht die Gründe für die taktischen Abweichungen und kommt zu dem Schluß, daß objektiv die Gefahr nur rechts liege, und zwar deshalb, weil die deutsche Revolution eine rückläufige Bewegung durch die mangelnde Aktivität der deutschen Arbeiterschaft durchmacht.

Genosse Heuke (Leipzig) überbringt die Grüße des Bezirks Westsachsen, und betont, daß der Bezirk Westsachsen in allen taktischen Fragen mit dem Bezirk Halle-Merseburg eine übereinstimmende Meinung hat. Er bespricht die Frage der Arbeiter-Regierung, die jetzt für das gesamte deutsche Proletariat konkret gestellt werde und warnt schließlich die linken Genossen, die durch ihre revolutionäre Ungeduld die Partei nur zur Passivität zwinge. Er hofft, daß auf dem Reichsparteitag die Genossen aus dem hallischen Bezirk und dem Bezirk Westsachsen Hand in Hand arbeiten und daß es gelingen werde, der Partei eine Führung zu geben, die die Partei durch einen festen und geraden Kurs durch alle Klippen hindurchführt.

Genosse Hempel (Eilenburg): Ohne straffe Disziplin wird die Partei ihre Aufgabe nicht erfüllen können. Wir müssen bekennen, daß wir zu viel Theoretiker und zu wenig Praktiker gewesen sind. Der schuldige Teil sind sowohl die Mitglieder wie auch die Führer, die sich nicht an eine straffe Disziplin gewöhnen können.

Genosse Kilian (Halle): **Es ist eine große Gefahr für uns,** wenn wir die Frage der neuen ökonomischen Politik als eine praktische Frage für alle Länder behandeln. In Rußland mußte die Politik zwangsläufig gemacht werden, um die Revolution zu retten. In Deutschland müssen wir durch die ganz andere Gruppierung der Verhältnisse die Revolution soweit zum Siege führen, daß wir an die Möglichkeit der Rückzugsgefechte gar nicht zu denken brauchen. Wir müssen das Werk auf den ersten Hieb schaffen.

Genosse Kleine: Die linken Genossen sagen: der Feind steht rechts; es sei keine linke Gefahr vorhanden. In der deutschen Partei haben wir nach der KAG.-Krise und nach der Rathenau-Kampagne die rechte Gefahr überwunden. Wir haben heute nur noch eine verkappte Rechtsschwenkung, die wir nicht richtig fassen können. (Sehr gut!) Wenn die Partei im Opportunismus versumpft, dann retten uns die Linken sicher nicht davor. Im Gegenteil! Sie werden besonders dabei helfen. Denn ihre Einstellung bei der Frage der Arbeiter-Regierung, der Erfassung der Sachwerte, des „Berliner Abkommens" usw. kommt auf einen bürgerlichen Grundsatz hinaus. Gerade bei den linken Genossen ist ein Sumpf von Schwankungen. Diese Genossen sagen auch, daß die neue ökonomische Politik in Rußland wohl richtig war, aber für Deutschland wäre sie falsch und gefährlich. Man darf bei ihnen nicht einmal von der Möglichkeit sprechen, daß in diesem oder jenem Lande auf Grund der verschieden gelagerten Verhältnisse keine „reine" kommunistische Politik getrieben werden kann. Rußland mußte diese Politik machen auf Grund seiner Isoliertheit und der technischen Rückständigkeit. Auch Deutschland wird eine Uebergangsperiode durchmachen müssen. Wir haben z. B. in Deutschland nicht die Disziplin der russischen Arbeiter und auch keinen Lenin. Wir müssen uns einen festen, trockenen Weg suchen und weder den linken Grasweg noch den rechten Sumpf benutzen, um zu unserem Ziele zu gelangen. (Lebhafter Beifall.)

Genosse Urban (Halle): Was für die Gewerkschaften gilt, gilt auch für die Partei. Dort hat die mangelnde Aktivität das Vertrauen der Mitglieder gebrochen. Dieselben Verhältnisse werden auch für die Partei eintreten, wenn die Partei keine Aktivität an den Tag legt. Die aktiven Mitglieder werden dann der Partei den Rücken kehren. Warum wird die Faszistengefahr von Tag zu Tag größer? Weil die Faszisten sehr aktiv tätig sind. Die Faszistengefahr kann beseitigt werden durch eine erhöhte Aktivität der Partei. Die erhöhte Aktivität muß sowohl in den Gewerkschaften wie in der Kommunalpolitik und anderen Institutionen durchgeführt werden. Die Gesetze dürfen uns in der Aktivität nicht hindern.

Genosse Scheibner (Mücheln): Worin liegt die Gefahr des Opportunismus und wie kann man ihn bekämpfen? Diese beiden Fragen müssen wir genau untersuchen. Die Gefahr wäre nicht vorhanden, wenn überall die Thesen und die Taktik richtig verstanden und angewandt würden. Wenn jeder Funktionär nach den Richtlinien handelt, entfällt auch die Frage, ob die Gefahr des Opportunismus vorhanden ist. Wo sich versteckte Opportunisten in verantwortlichen Parteistellungen zeigen, müssen sie von den Arbeitern entfernt werden.

Genosse Rogg (Wittenberg): Man sollte sich doch hüten, künstliche Konstruktionen über „rechte" und „linke" Abweichungen in taktischen Fragen festzustellen. Durch solche Diskussionen kann die Partei sehr leicht aktionsunfähig werden. Eine Partei wird durch eine Kompromißpolitik in ihrer Aktivität behindert, denn eine Kompromißpolitik wird sich auswirken müssen in der Führung der Partei.

Er begründet dann noch eine Entschließung, die die Haltung des Genossen Schumann als Delegierter auf dem Kongreß billigt.

Genosse Wilhelm Koenen (Berlin): Wir gehen uns in der Frage der Arbeiter-Regierung keinen Illusionen hin und werden auch der Arbeiterschaft ganz offen sagen, **daß eine solche Regierung niemals auf Grund einer Mahlbewegung zustande kommen kann, sondern nur, wenn die Ereignisse die Arbeiter auf die Schanzen rufen und die sozialdemokratischen Klassengenossen ihre Führer zwingen werden, mit den Kommunisten eine Arbeiter-Regierung zu bilden.** Die ökonomische Politik nach der Revolution richtet sich nach dem Stand der Produktivkräfte in den einzelnen Ländern. Sie wird auch wesentlich beeinflußt, durch den Bürgerkrieg. Es kann aber jetzt schon behauptet werden, daß Deutschland mit seiner ökonomischen Politik nicht so tief anfangen wird wie Rußland, schon aus dem Grunde nicht, weil Deutschland alle die Einrichtungen, die Rußland erst schaffen mußte, bereits lange durchorganisiert hat. Die Voraussetzungen für eine fortentwickelnde ökonomische Politik nach der Revolution sind in Deutschland äußerst günstig. Das Mittel, jede opportunistische Gefahr zu überwinden ist: Aktivisierung der Massen, durch Unterstützung der Kontrollausschüsse, Betriebsräte usw.

Nach einem Schlußwort des Genossen Schumann und nach einstimmiger Annahme des Billigungsantrags Rogg werden die Verhandlungen auf Sonntag 9 Uhr vormittags vertagt.

2. Verhandlungstag.

Die Sonntagstagung wird mit dem Referat des Genossen Hans Schmidt über

„Die wirtschaftlichen Kämpfe und die Arbeit in den Gewerkschaften"

eingeleitet. Er schildert zunächst die großen wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiterschaft in der ganzen Welt, die die Offensive des Kapitals überall hervorgerufen hat und stellt fest, daß noch überall die Arbeiter unterlegen sind, weil sie es nicht verstanden haben, günstige Situationen und die ihnen gemachten Zugeständnisse für sich auszunutzen. Das Kapital wird, nachdem es überall den Widerstand der Arbeiterschaft gebrochen hat, noch viel aggressiver vorgehen als bisher und alle Lasten des Krieges auf das Proletariat abwälzen und versuchen, die Krise der kapitalistischen Gesellschaft auf Kosten der Arbeiterschaft zu überwinden. Um dieses Ziel zu erreichen, hat auch nach den Konferenzen von Genua und London eine politische Umgruppierung der Staaten stattgefunden, die sich besonders auf die deutschen Verhältnisse auswirken werden. Die deutschen Unternehmer versuchen, sich am Leben zu erhalten und werden mit aller Brutalität den Stinneskurs fortentwickeln. Welche Lehren haben wir daraus zu ziehen? Aus den Niederlagen der Eisenbahner, der süddeutschen Metallarbeiter und der anderen siegreichen Vorstöße des Unternehmertums müssen wir lernen, daß der größte Teil der Arbeiterschaft die Bedeutung dieser Kämpfe nicht begriffen hat, daß die Arbeiter auch nicht in vollem Umfange begriffen haben die Bedeutung der Organisierung des Abwehrkampfes durch die Betriebsräte. Wir wissen, daß wir als Kommunisten die Welt nicht allein erobern können, sondern daß dazu die gesamte Arbeiterschaft notwendig ist. Darum ist gerade jetzt die Parole: Heran an die Massen! für die kommunistischen Genossen von besonderer Bedeutung. Dem aggressiven Vorgehen des Kapitalismus muß die kämpfende Einheitsfront des Proletariats entgegengestellt werden. Diese Einheitsfront aber können wir nur herstellen, wenn wir überall und besonders in den Gewerkschaften **eine größere Aktivität, eine schärfere Betonung der Notwendigkeit des Kampfes propagieren.** Wir dürfen damit nicht erst beginnen, wenn wir schon im Kampfe stehen, sondern müssen die Kräfte vorher mobilisieren, um den Kampf überhaupt führen zu können. Zunächst einmal in unseren eigenen Reihen. Haben wir das erreicht, dann wird es uns auch nicht schwer fallen, überall dort zu mobilisieren, wo wir die Kräfte finden: in den Betrieben, in den Gewerkschaften und in anderen wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse. Dann wird auch die Gewerkschaftsbureaukratie kein Hemmnis mehr im Kampfe sein und die Arbeiterschaft kann siegreich die Vorstöße des Kapitalismus nicht nur abwehren, sondern mit den besten Hoffnungen zur Offensive übergehen. Leider sind die kommunistischen Gewerkschafter durch ihre Diskussionen über die „richtige" Taktik der Kommunisten in den Gewerkschaften zu keiner positiven Arbeit in den Gewerkschaften gekommen. Diese Frage ist längst entschieden worden. **Wenn sich jeder Kommunist an die gefaßten Beschlüsse gehalten hätte, so wären wir heute in den Gewerkschaften schon weiter.** Unsere kommunistischen Mitglieder müssen endlich begreifen, daß **ohne die Revolutionierung der Gewerkschaften die Revolution nicht fortgeführt werden kann.** Die Revolutionierung aber wird nicht kommen, wenn die Kommunisten aus den Gewerkschaften fliehen oder nur ihre Beiträge zahlen, sondern nur, **wenn wir alle organisatorische Arbeit mit Verantwortung und Disziplin durchführen.** Die Fraktionsbildung in den Gewerkschaften und Betrieben muß besser durchgeführt werden und nirgends darf die Verbindung mit der Partei fehlen. Es ist ein Fehler, wenn viele Genossen glauben, dort, wo sie die Mehrheit oder einen „Bonzen" haben, wäre eine Fraktionsbildung nicht notwendig. Nein, überall müssen Fraktionen bestehen. Wo sie die Mehrheit in den Gewerkschaften, in den Kartellen usw. haben, müssen sie auf die übrige Arbeiterschaft vorbildlich wirken und die Wege und Ziele klarlegen.

Die Diskussion

Genosse Ferdinand Menzel (Eisleben): Die Gewerkschaftsfrage ist die wichtigste Frage. Den Absplitterungsversuchen müssen wir mit allen Mitteln entgegentreten, und den Arbeitern immer wieder sagen, warum sie in den Gewerkschaften bleiben müssen.

Genosse Rüdiger (Schkeuditz) tritt für die Entschließung der Bezirksleitung in der Gewerkschaftsfrage ein.

Genosse Rogg (Wittenberg): Wir dürfen uns auch in den Gewerkschaften nicht von der revolutionären Ungeduld leiten lassen. In unserem Kreise haben wir alles aufbieten müssen, um die Arbeiter in den Gewerkschaften zu halten. Wir haben jetzt wirklich keine Zeit, über neue Experimente zu grübeln. Worin die Ursachen der Strömungen: Austritt, Sperrung der Beiträge usw. bestehen, das wissen wir. Wir können darum auch nicht vor diesen Ursachen fliehen, sondern müssen sie beseitigen, und das können wir nur, wenn wir in den Gewerkschaften bleiben und dort als Kommunisten aktiv tätig sind. (Sehr richtig!) Diese Arbeit ist schwer. Es ist aber viel wichtiger, anstatt große Theorien im Weltmaßstabe zu spinnen, daß jeder Kommunist unter die Arbeiter geht und in Konferenzen oder als Kassierer und Betriebsrat seine Pflicht als Kommunist tut.

Genosse Urban (Halle): Die Partei hat eine Hauptaufgabe: die Organisierung der Revolution. Die Partei hat deshalb auch die Pflicht, alle Mittel für dieses Ziel einzusetzen. Das erfolgreichste Machtmittel zur Fortführung der Revolution sind noch immer die Gewerkschaften. In ihnen muß der Kampf organisiert werden. Wir dürfen uns nicht der Illusion hingeben, daß wir dort nicht mehr zu arbeiten brauchen, wo die Kommunisten in der Mehrheit sind. Gerade dort muß um so mehr gearbeitet werden, um den Arbeitern zu zeigen, welche Macht die Gewerkschaften als Kampforganisationen haben.

Genosse Höcker (Halle): Trotzki hat recht, wenn er sagt, daß der beste Gradmesser für die Revolution die Stärke der Kommunisten in den Gewerkschaften ist. Unsere Genossen müssen endlich verstehen lernen, daß die wirtschaftlichen und politischen Kämpfe auch mit den indifferenten und sozialdemokratischen Arbeitern geführt werden müssen. Die Falkenberger Resolution muß abgelehnt werden, weil sie dasselbe bezweckt, was die Reformisten wollen, nämlich die Kommunisten aus den Gewerkschaften entfernen.

Genosse Koenen (Merseburg): Unter der Kleinarbeit in den Gewerkschaften haben wir zu verstehen, daß wir die Vertrauensmänner gewinnen oder den Vertrauensmännerkörper mit unseren Leuten besetzen. Ohne Vertrauensmänner werden wir sehr schwer Einfluß in den Gewerkschaften gewinnen.

Genosse Bürger (Braunsdorf): Dem Aufbau der Betriebs- und Gewerkschaftsfraktionen müssen wir die größte Aufmerksamkeit widmen. Diese Fraktionen müssen allwöchentlich in jedem einzelnen Ort zusammengeholt werden, damit sie immer unterrichtet sind und die Organisierung in den Betrieben und Gewerkschaften mit Erfolg durchführen können. Sind unsere eigenen Mitglieder gut durchorganisiert und durchgebildet, dann werden wir bald noch größere Erfolge zu verzeichnen haben.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird mit großer Mehrheit angenommen. Nach dem Schlußwort des Genossen Schmidt gibt Genosse Schumann den

politischen Bericht der Bezirksleitung

über das verflossene Jahr. Er erwähnt die großen politischen Bewegungen, den Eisenbahnerstreik im Februar, wo die Partei im ganzen Bezirk die Einheitsfrontaktik richtig angewendet hatte, die Zusammenkunft der drei Internationalen in Berlin, die Maifeiern, die Kampagne nach dem Rathenau-Mord und stellt fest, daß die Partei ihre volle Pflicht und Schuldigkeit getan hat. Es ist natürlich nicht zu leugnen, daß eine Anzahl Genossen die Parteiarbeit den anderen Genossen überlassen, weil sie sich sagen, daß sie schon kommen werden, wenn sie von der Partei gerufen werden. Wir dürfen aber nicht warten, bis die Kämpfe über uns hereingebrochen sind, sondern müssen lange vorher die Genossen schulen. Genosse Schumann bespricht dann die Wahlen in Sangerhausen, in Wittenberg, in Kelbsried und zeigt an verschiedenen Beispielen, wie groß die Erfolge für die Partei erst sein müßten, wenn jeder einzelne Genosse seine volle Pflicht erfüllen würde.

Die Organisation ist im Laufe des letzten Jahres völlig umgestellt worden. Es war ein gewagtes Experiment, die ganzen Unterbezirkssekretariate aufzulösen und sie in Kreise einzuteilen. Das Experiment aber ist im großen und ganzen gelungen. Es muß natürlich gesagt werden, daß einzelne Kreisleitungen zu wenig Aktivität auferlegen. Wir müssen darum nach dem Parteitag dort, wo Parteigenossen ihre Pflicht nicht erfüllen, ein wenig nachhelfen.

Genosse Schumann macht dann längere Ausführungen über den Stand der Organisation und stellt fest, daß eine Zunahme der Ortsgruppen zu verzeichnen ist. Er spricht weiter noch über die Bildungsarbeit, über die Kommunalpolitik, über die Presse, über den Stand der Produktiv-Genossenschaft, über die Buchhandlung und zum Schluß über die vorliegenden Anträge. Dann wird in die Mittagspause eingetreten.

Nachmittagssitzung.

Nach Wiedereröffnung der Verhandlungen erstattet Genosse Sämisch Bericht über

die Finanzen des Bezirks

In dem Bericht kommt die rapide Geldentwertung zum Ausdruck, unter der die proletarischen Organisationen mehr als andere zu leiden haben. Die Bezirkskasse schließt in der Einnahme und Ausgabe mit 4 979 078 Mk. ab. Davon entfallen auf die „Rote Hilfe" 485 498 Mk. auf die „Russenhilfe" 220 612 Mk. Das andere sind Ausgaben für den Bezirk. Durch die Bezirkskasse sind seit Bestehen der „Roten Hilfe" 690 940 Mk., für die „Russenhilfe" 419 245 Mark gegangen. Berücksichtigt man dazu, daß ein großer Teil der gesammelten Gelder direkt nach Berlin an die Zentralkomitees gegangen sind, so ist das ein erhebendes Beispiel für die Opferwilligkeit der mitteldeutschen Arbeiter, die sich jetzt erst im Streik der Pfälzer Arbeiter erneut gezeigt hat. Die Sonderbeiträge dagegen sind nicht in dem Maße eingegangen, wie die Bezirksleitung es erwartet hat, besonders die noch ausstehenden Abrechnungen der Parteitagsmarken der Ortsgruppen ermöglichen der Bezirksleitung keinen Ueberblick über die wirklich vorhandenen Mittel. Sparsamkeit auf allen Gebieten, rege Arbeit in den Ortsgruppen, unermüdliche Agitation wird die Partei über die finanziellen Nöte hinweghelfen.

Inzwischen hat auch die Statuten-Beratungskommission getagt und ihre Arbeit vollendet. Ihren Bericht erstattet Genosse Koenen (Merseburg). Das Statut selbst drucken wir an anderer Stelle ab.

Die Diskussion über die Berichte

Genosse Klein: Durch die Besetzung des Ruhrgebietes stehen wir vor einer Umwälzung aller wirtschaftlichen und auch der Parteiverhältnisse. Die Cuno-Regierung will die offene Diktatur des Bürgertums. Sie weiß sehr gut, daß der vollständige Zusammenbruch binnen weniger Monate unvermeidlich ist. Die deutsche Bourgeoisie versucht durch Wirtschaftssabotage England und Amerika gegen Frankreich aufzubringen. Doch England unterstützt im stillen Frankreich. Poincaré sieht sich gezwungen, statt ökonomische Vorteile, die er durch die Besetzung nicht erringen kann, politische

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230123-13/fragment/page=0006

Vorteile zu erobern. Wir stehen vor dem Zerfall des Reiches. Die gesamte Entente wird sich um den Leichnam Deutschland balgen. **Ein Teil der Bourgeoisie wird Verständigung suchen, ein Teil will Krieg um jeden Preis haben. Niemals war die Kriegsgefahr so groß als jetzt!** Die Proletarier setzen dem offenen Treiben der Kriegshetzer keinen Widerstand entgegen. **Mit der Flaute in unserer Partei muß Schluß gemacht werden.** Die Führer des ADGB. haben die sächsischen Gewerkschaftsführer gerüffelt, nicht weil sie Gewerkschaftsgelder zu Wahlzwecken einer Partei verwendet haben, sondern weil sie sich in den Wahlkampf überhaupt eingemengt haben. Gewerkschafts- und VSPD.-Führer haben keinen politischen Ausweg mehr. Deshalb proklamieren sie politische Neutralität. **Die jetzige Situation erfordert die höchste Aktivität der Partei.** Die Nationalbolschewisten wollen nicht nur den Kampf gegen Frankreich, sondern auch die Lösung aller sozialen Aufgaben im Sinne der Reaktion. Die Zentrale muß sofort eine wirksame Kampagne einleiten, um dem Proletariat die Gefahr zu zeigen und es aufzurütteln.

Genosse Benkwitz (Zeitz): Genosse Schumann hat es in seinem Bericht glänzend verstanden, jeder Kritik an der Bezirksleitung im voraus schon die Spitze abzubrechen. In sehr wichtigen Fragen setzt sich die Bezirksleitung über die Kreisleitungen hinweg. Die Abschaffung des Bezirksausschusses sei der Anfang auch zur Beseitigung des Parteiausschusses. Die Kreisleitungen müßten öfter zusammengerufen werden.

Genosse Scheibner (Mücheln) behandelt die Mieterfrage.

Genosse Schubotz (Halle) führt Klage, daß die Jugend in den Ortsgruppen nicht genügend unterstützt wird.

Genosse W. Koenen (Zentrale): Die VSPD. befindet sich in einer außerordentlich schwierigen Krise, die nicht nur die Mitglieder, sondern auch die Führerschaft erfaßt hat. Die VSPD.-Führer wollen die Konflikte der Ruhrbesetzung nicht als soziale Frage behandeln. Sie sagen: das ist Rheinlands-Politik, und da muß das ganze Volk zusammenstehen, d. h., sie machen nationalistische Politik. Deshalb müssen wir als einzige proletarische, internationale Partei eine um so schärfere Kampagne führen und alle ökonomischen Gegensätze aufrollen. Die Schuld an der Ruhrbesetzung haben nicht die französischen Nationalisten, sondern die deutsche Bourgeoisie. Wir haben in Deutschland keine wirkliche Besitzsteuer, die Bourgeoisie zahlt ihre Steuern aus der Westentasche, **alle Lasten bezahlen die Arbeiter mit ihrer Arbeitskraft.** Und daran ist die VSPD. die Hauptschuldige. Die Kohlensteuer sollte 10 Milliarden bringen, 900 Milliarden hat sie eingebracht, trotz der Zahlungsstundung an die Kohlenbarone seit August. Die Ruhr-Bergwerksaktien sind nach der Besetzung rasend gestiegen, trotzdem die Bergwerksdirektoren verhaftet sind. Ein Zeichen dafür, daß die Besetzung des Ruhrgebietes ein profitables Geschäft für die Besitzenden ist.

Genosse Müller (Halle) gibt den Tätigkeitsbericht der Genossenschaftsabteilung der Bezirksleitung. Von 45 im Bezirk vorhandenen Genossenschaften haben wir in 14 Vereinen Fraktionen. Durch die Presse soll mehr Aufklärung geschaffen werden.

Genosse Urban (Halle): Drohender als die imperialistische Kriegsgefahr ist die des Bürgerkrieges. Die Vorgänge der letzten Zeit gerade in Halle zeigen die Verschärfung der Klassengegensätze. Tritt der nationalistischen Verhetzung die Partei nicht aktiv entgegen, dann wächst die faszistische Bewegung von Tag zu Tag. Durch die Ausschaltung des Bezirksausschusses aus dem Bezirksstatut wird die Verbindung der Mitglieder mit den Instanzen der Partei und die organisatorische Vertiefung aufgehoben. Der Bezirksausschuß muß bestehen bleiben.

Genossin Rosi Wolfstein (Berlin) geht näher auf die Frauenfrage ein und verlangt, daß mehr Frauen zum Parteitag delegiert werden.

Nach einem Schlußantrag des Genossen Freundlieb erhält der Genosse Wagner (Weißenfels) noch das Wort zur Begründung des Antrages der Kreisleitung Weißenfels, die Kreise finanziell wieder selbständig zu machen.

Das Schlußwort des Genossen Sämisch ist sehr kurz, da Ausstellungen an seiner Geschäftsführung nicht gemacht wurden. Ihm wurde einstimmig Entlastung erteilt.

Genosse Schumann weist in seinem Schlußwort alle Einwände zurück. Die Ortsgruppen müssen schnellstens mit der Jugend in Verbindung treten. Der Antrag Weißenfels muß abgelehnt werden, da er eine Lockerung der Partei bedeuten würde. Der Bezirksausschuß kann durch die Kreisleiter ersetzt werden.

Die Bezirksleitung wird einstimmig nach der eingegangenen Vorschlagsliste gewählt. An Stelle des verziehenden Genossen Sasse wird Genosse Gorbauch (Ammendorf) als Revisor gewählt.

Nunmehr hält Genosse Sachse das Referat zum Punkt

Stellungnahme zum Reichsparteitag

Die deutsche Partei muß die Parole des Kongresses der Kommunistischen Internationale: „Heran an die Massen" klar konkretisieren. Sie muß den Gegenstoß des Proletariats gegen die Offensive des Kapitals organisieren. Wir Kommunisten müssen durch unsere Arbeit den Arbeitern das Vertrauen in ihre eigene Kraft wieder geben. Wir müssen pazifistische Illusionen zerstören, die die sozialdemokratischen Führer in den Arbeitern nähren. — Die Frage der Arbeiter-Regierung muß nicht theoretisch, sondern praktisch gestellt werden. Parallel mit den wirtschaftlichen Vorstößen des Kapitals geht ihre politische Offensive. Durch den Umschichtungsprozeß des Mittelstandes findet die faszistische Bewegung Nährboden. Das proletarisierte Bürgertum sieht in der Erfüllungspolitik der Sozialdemokratie die Unfähigkeit des Sozialismus. Dagegen fühlen sich diese untergehenden Schichten durch die scheinbare Aktivität der Faszisten gegen die Wucherer zu diesen hingezogen. Durch intensive Arbeit in den Gemeinden, durch Erringung auch kleiner Erfolge mit Hilfe der Kontrollausschüsse und Betriebsräte werden wir das Vertrauen der Massen zur Partei erringen. Voraussetzung des Erfolges ist das Pflichtbewußtsein jedes einzelnen Genossen, an dem es noch sehr mangelt.

Auf Antrag des Genossen Rogg (Wittenberg) wird in Anbetracht der vorgeschrittenen Zeit beschlossen, über das Referat Sachse nicht zu diskutieren. Das Wort erhält auf Beschluß des Parteitags nur die Genossin Wolfstein (Berlin), die sich gegen die beantragte Erweiterung der Parteizentrale ausspricht.

Eine kurze Diskussion entwickelt sich noch über die kreisweise gemachten Vorschläge für die Parteitagsdelegation. Es wurden noch auf die Vorschlagsliste gesetzt die Genossinnen Voigt (Torgau), Zäuner (Weißenfels) und die Genossen Steinmetz (Ammendorf) und Bethge (Könnern). Die gewählten Genossen haben wir in unserer gestrigen Nummer bereits mitgeteilt.

Die Bezirksleitung besteht aus folgenden Genossen: Schumann, Artur Sämisch, Hans Schmidt, Hans Höcker, Gustav Borrmann, Max Lademann, Jos. Schippa, Otto Müller, Oskar Fiedler, Schnur, Walter Lutze, Teschner, Berger, Genossin Martha Schwarzkopf, je ein Vertreter der Redaktion und der Jugend.

In den Zentralausschuß wurden die Genossen Schumann und Sachse wiedergewählt, als Ersatzmänner die Genossen Bernh. Koenen und Hans Schmidt. Der Bericht der Untersuchungskommission über die Verleumdungen des Genossen Schnetter durch die VSPD.-Presse wurde ohne Diskussion entgegengenommen und eine von der Kommission vorgelegte Entschließung, durch die der Bezirksleitung und dem Genossen Schnetter vollstes Vertrauen bekundet wird, einstimmig zum Beschluß erhoben. Die weiteren vom Parteitag angenommenen Anträge und Resolutionen, soweit wir sie nicht schon gestern wiedergegeben haben, bringen wir an anderer Stelle.

Mit den Abstimmungen hatte die Tagung ihr Ende erreicht. Die Verhandlungen bewegten sich bei allen Punkten auf einem außergewöhnlich hohen Niveau. Der Verlauf des Parteitages zeigte, daß die Partei in unserem Bezirk fest und geschlossen steht und in allen Fragen in der Parteigenossenschaft völlige Einmütigkeit herrscht. Dem gab auch Genosse Schumann in einem kurzen anfeuernden Schlußwort Ausdruck. Die Delegierten müssen nun das Gehörte hinaustragen und die Anregungen, die sie aufgenommen haben, weitergeben an die Parteigenossen und selbst in die Tat umsetzen.

*

In der gestern veröffentlichten Liste der Parteitagsdelegierten ist durch ein Versehen ein Name weggeblieben. An dritter Stelle ist Genosse Richard Richter (Halle) einzufügen.

*

Beschlüsse des Bezirksparteitags

Die Entschließungen „Zum Bericht über den 4. Weltkongreß", „Zu den Aufgaben der Partei" und die Resolution der Untersuchungskommission über die Verleumdungen der VSPD.-Presse gegen die Bezirksleitung und den Genossen Schnetter haben wir bereits in der gestrigen Nummer wiedergegeben.

Entschließung zur Gewerkschaftsfrage

Der am 21. Januar 1923 zu Halle tagende Bezirksparteitag legt folgende Stellung zur Frage „Wirtschaftliche Kämpfe und die Taktik in den Gewerkschaften" fest.

Die Offensive des Kapitals richtet sich in furchtbarer Art gegen die Lebensbedingungen der Proletarier. Außer seiner ökonomischen Macht stellt es den gesamten Staatsapparat und selbst geschaffene Orgeschbanden zur Erreichung seines Zieles, der Abwälzung aller Kriegslasten auf die arbeitende Bevölkerung, durch Senkung des Reallohnes, Beseitigung des Achtstundentages, Steigerung der Arbeitsleistung, Unterlassung der Förderung des technischen Produktionsapparates in seine Dienste. Durch die Parole „Wiederherstellung der Wirtschaft durch Mehrproduktion", die auch die Cuno-Regierung in ihr Programm aufgenommen hat und durchführt, versucht das Kapital die Arbeiterschaft zu täuschen.

Planmäßig richtete sich der Vorstoß zuerst gegen die Schwäche und Unorganisiertheit der Jugendlichen, Arbeiterinnen und sozial rückständigen Schichten, um mit Hilfe der errungenen schlechten Arbeitsbedingungen auf die gesamte Arbeiterklasse zu drücken.

Das Proletariat hat bis jetzt noch nicht verstanden, der Offensive des Kapitals die geschlossene Abwehrfront gegenüberzustellen, noch weniger mit der Gegenoffensive zu antworten. Große Massen bewegen sich noch im Banne der Arbeitsgemeinschaft, der reformistischen Gewerkschaftsführer und der Koalition mit dem Bürgertum und fürchten den Klassenkampf.

Der Eisenbahnerstreik, der süddeutsche Metallarbeiterstreik und der Angriff der Unternehmer in Ludwigshafen und Oppau muß in der Arbeiterschaft den Gedanken der „kampfbereiten Einheitsfront aller Schaffenden" Tat werden lassen. In der Betriebsräte- und Kontrollausschußbewegung zeigten sich die ersten Anfänge der Sammlung zum Kampf.

Planmäßig, organisiert, zäh und bewußt muß das Proletariat seine Kämpfe führen. Die zur Durchführung der Kämpfe notwendigen Organisationen müssen Kampfkaders werden. Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter gilt es loszulösen von der geistigen Versumpfung der Amsterdamer Führer, die trotz der Beschlüsse des 11. Gewerkschaftskongresses an der verderblichen Arbeitsgemeinschaftspolitik festhalten, die Umbildung der Berufsverbände zu Industrieorganisationen aus kleinlichen egoistischen Gründen sabotieren, offen oder versteckt die Offensive des Kapitals unterstützen und selbst vor der Spaltung der Gewerkschaften nicht zurückschrecken. Dadurch wollen sie die revolutionären Elemente von den Massen isolieren, um leichter ihre arbeiterfeindlichen Pläne zur Durchführung zu bringen.

Der Parteitag macht sich die Beschlüsse des 2. Weltkongresses der RGJ. und des 4. Weltkongresses der KJ. besonders in dieser Frage zu eigen, „die Eroberung der Gewerkschaften" mit aller Kraft zu betreiben. Hauptaufgabe ist es, die Arbeit und die politische Radikalisierung der Massen in den alten Verbänden zu verstärken. Die Fraktionen sind, wo noch nicht geschehen, im Sinne der Richtlinien des Jenaer Parteitages zu bilden und zu tauglichen Werkzeugen auszubauen. Jeder Verstoß gegen die festgelegte Taktik der Partei ist parteidisziplinarisch zu ahnden. Es gilt die Kräfte zu sammeln, nicht zu zersplittern. Kein Kommunist darf diesen notwendigen Kampfplatz feige oder aus Verärgerung verlassen.

Die Opfer der Bureaukratie, die Ausgeschlossenen, werden verpflichtet, im engsten Rahmen mit der Opposition in den freien Gewerkschaften zu arbeiten. Mit den bestehenden revolutionären Verbänden, Union der Hand- und Kopfarbeiter, Verbände der Ausgeschlossenen, ist ein enges Kampfverhältnis zu schaffen, mit Hilfe von zu bildenden Arbeitsausschüssen. Darüber besagen die Thesen des 2. Kongresses der RGJ.:

Der Arbeitsausschuß muß als Vertreter der ganzen Opposition auftreten, indem er seine Arbeit selbständig und planmäßig leitet. Der Arbeitsausschuß muß einen energischen Kampf gegen die spaltende Tätigkeit der Amsterdamer und für die Vereinigung aller gewerkschaftlich organisierter Arbeiter führen. Er bestimmt in jedem einzelnen konkreten Fall die zweckmäßigste Art der Organisierung der ausgeschlossenen Arbeiter.

Alle im Arbeitsausschuß vereinigten Organisationen sind verpflichtet, sich gegenseitig brüderliche Hilfe im täglichen Kampfe zu leisten. Die RGJ. wird in keinem Falle Zwistigkeiten unter ihnen gestatten. Die Union, der Verband der Seeleute, als Mitglieder des Arbeitsausschusses müssen die Opposition in den freien Gewerkschaften in ihrem schweren Werk der revolutionären Durchdringung der gewerkschaftlich organisierten Massen aktiv unterstützen und gemäß diesen Prinzips ihre tägliche Arbeit und die allgemeine Taktik einrichten.

Unter der Flagge der Autonomie und des Föderalismus fristen kleine Verbändchen noch ihr kleinliches Dasein, ohne die Kräfte, noch Mittel zum Kampfe gegen das Kapitel zu haben, trotzdem aber sich weigern, ihre Kräfte mit den verwandten Berufsorganisationen zu vereinigen. Solchem Zunftwesen muß entgegengetreten werden. Der Föderalismus ist unter den gegenwärtigen Kampfbedingungen ein Hindernis der Entwicklung der Arbeiterbewegung und muß einem entschlossenen und kategorischen Wiederstand begegnen.

Größtes Augenmerk und intensive Arbeit muß der Betriebsräte- und Kontrollausschuß-Bewegung zugewendet werden.

*

Entschließung zur Genossenschaftsfrage

Der Bezirksparteitag begrüßt, daß der 4. Weltkongreß erneut die Genossenschaftsfrage behandelt hat und erklärt sich mit der dort angenommenen Genossenschaftsresolution einverstanden. Insbesondere hält der Bezirksparteitag den Beschluß des 4. Weltkongresses für wichtig, wonach alle Parteimitglieder, auch Mitglieder von Konsumgenossenschaften sein, und in diesen Organisationen kommunistische Arbeit leisten müssen. Die gesamte Arbeit der Kommunisten in den Genossenschaften ist Grundlage der strengsten Disziplin und ist zu leisten unter Leitung der Zentrale der Kommunistischen Partei.

Für besonders wesentlich erachtet der Parteitag den 3. Punkt der Moskauer Resolution, wonach die kommunistischen Genossenschafter in den Genossenschaften sich an der rein genossenschaftlichen Arbeit zu beteiligen haben, und weist besonders die kommunistischen Hausfrauen auf dieses wichtige Gebiet hin. Hierher gehört die Propaganda für die Ausdehnung der Genossenschaften, die Bekämpfung des genossenschaftlichen Dividendensystems, die Abwehr der Anschläge auf die Demokratie, die Stärkung des genossenschaftlichen Betriebskapitals, die Unterstützung bei der Erhöhung der Anteile, die Bildung von Spezialfonds für Zwecke des proletarischen Kampfes (Aussperrung, Streiks usw.). Der Kampf für die öffentliche Kredithilfe der Konsumvereine durch Staat und Gemeinde, sowie der Kampf für die sofortige Befreiung von Umsatzsteuer und die Propaganda des Steuerstreiks der Konsumvereine.

Die kommunistischen Genossenschafter haben insbesondere die Aufgabe, den Sozialverrat und Reformismus im Zentralverband deutscher Konsumvereine (Hamburger Richtung) zu bekämpfen und die deutsche Bewegung zu einer bewußt proletarischen zu machen, die zu einem nützlichen Faktor im Existenz- und Klassenkampf wird. Insbesondere hält der Parteitag die Parole des Reichsbetriebsrätekongresses für eine zeitgemäße Forderung, nämlich: „Verteilung der Lebensmittel und sonstigen unentbehrlichen Bedarfsgegenstände durch die Konsumgenossenschaften unter Kontrolle der Arbeiter." Es gilt in der heutigen Wucherer- und Schieberzeit für alle Arbeiterorganisationen, gemeinsam zu kämpfen, für die Privilegierung der Konsumgenossenschaften als Verteilungsorgane für die gesamte Arbeiterschaft, um den legalen und illegalen Profithandel zu beseitigen. Dazu müssen Parteien, Gewerkschaften, Genossenschaften, Betriebsräte, Kontrollausschüsse, Hausfrauenräte usw. mobilgemacht werden.

*

Entschließung zur Frauenfrage

In der Erkenntnis, daß die nächsten Ziele nur erreicht werden können, wenn die Partei versteht, einen stärkeren Einfluß unter den Frauen im Haushalt und im Betrieb zu erkämpfen, verpflichtet der Bezirksparteitag alle Mitglieder, sofort eine größere Propaganda unter den Hausfrauen, sowie gewerblichen Arbeiterinnen zu entfalten.

Die Ortsgruppenvorstände müssen alles daransetzen, daß alle Frauen der Parteimitglieder in der Partei organisiert werden. Die Parteigenossinnen sind verpflichtet, sich an allen Parteiarbeiten aktiv zu beteiligen und besonders den Kampf gegen die Teuerung (Betriebsräte- und Kontrollausschußbewegung) führen.

*

Entschließung zur Organisationsfrage

Die oberste Pflicht jedes Mitglieds der KPD., das durch seinen Beitritt seine grundsätzliche Uebereinstimmung mit den Statuten und Leitsätzen der Komintern erklärt hat, ist die nach den Prinzipien des demokratischen Zentralismus aufgerichtete Disziplin. Jedes Mitglied ist verpflichtet, jeden Beschluß und jeden Auftrag auszuführen, den die Gesamtmitgliedschaft durch den Parteitag ausgesprochen hat. Die Zentrale, Bezirksleitungen und Ortsgruppen sind in dem ihnen gesteckten Rahmen Instanzen zur Durchführung der Aufgaben der Gesamtpartei.

Bei der Anerkennung unbedingter Disziplin für jedes Mitglied und bei den besonderen Aufgaben einer Kommunistischen Partei im revolutionären Kampfe, die eine weiteste Beweglichkeit und Manöverierung der Gesamtpartei bedingen, ist ein exakter Aufbau der Organisation und eine starke, wohlinformierte, in den wichtigsten Zentren des Reiches verankerte Zentrale als Kopf der Partei notwendig.

Um der zentralen Leitung die dauernde Verbindung mit der Partei zu sichern, die ihr obliegenden Aufgaben auf mehrere Schultern zu verteilen und eine bessere Auswahl der Kräfte zu ermöglichen, muß die Zentrale aus 21 Genossen bestehen. Zehn Mitglieder der Zentrale arbeiten als Sekretäre in Berlin, die übrigen bleiben in ihrer Tätigkeit in den Bezirken oder werden mit einer besonderen Aufgabe betreut. (Komintern, Bruderparteien.) Alle 21 Genossen sind vollgültige Mitglieder der Zentrale und nehmen an den regelmäßigen Sitzungen teil. Die Aufgaben verteilt die Gesamtzentrale. Sie kann jederzeit einen Wechsel in der Arbeit unter den 21 Genossen vornehmen.

Der Zentral-Ausschuß übt die Kontrolle über die politische Tätigkeit der Zentrale aus. Bei seiner Zusammensetzung ist dafür Sorge zu tragen, daß er mehr als bisher den Charakter einer Instanz der Gesamtpartei erhält.

Die Oberbezirksleitungen sind durch diese Zusammensetzung der Zentrale überflüssig. Die Bezirksleitungen müssen einheitlich über die Vorgänge in der Partei informiert und bei wichtigen Entscheidungen herangezogen werden. Die Bezirksorganisation muß nach bestimmten Grundsätzen gestaltet werden.

*

Beschlüsse zur Beitragserhebung

Der Bezirksparteitag beschließt: 1. Das Eintrittsgeld beträgt 100 Mark und ist in voller Höhe mit dem Bezirk zu verrechnen. 2. Die Bezirksleitung wird beauftragt, den Teuerungsverhältnissen entsprechend auf die von der Zentrale allmonatlich festgesetzten Wochenbeiträge einen Aufschlag zu erheben. Als Grundlage soll immer ein durchschnittlicher Stundenlohn als Monatsbeitrag gelten.

Den Ortsgruppen verbleiben auch von dem Aufschlag 20 Prozent zur Deckung ihrer Unkosten.

*

Das neue Bezirks-Statut

der KPD., Bezirk 11 — Halle-Merseburg.

Außer den Statuten der Komintern und den Satzungen der KPD. hat der Bezirk 11 noch folgende Satzungen beschlossen:

Abgrenzung und Gliederung: Der Bezirk Halle-Merseburg der Kommunistischen Partei umfaßt den Regierungsbezirk Merseburg.

Die Bezirksorganisation gliedert sich in die Kreise: Saalkreis, Merseburg, Querfurt Sangerhausen, Mansfelder Gebirgskreis, Mansfelder Seekreis, Torgau-Liebenwerda, Bitterfeld, Delitzsch, Wittenberg, Weißenfels, Naumburg, Zeitz.

Die Ortsgruppe Halle ist aus dem Saalkreis ausgegliedert und bildet ein Organisationsgebiet für sich.

Bezirksparteitag: Der Bezirksparteitag setzt sich zusammen aus den gewählten Delegierten der Mitglieder- oder Vertreterversammlungen der Ortsgruppen, die je nach der Zahl der zu wählenden Delegierten zu Wahlgruppen zusammengelegt werden können. Die Zahl der auf die einzelnen Orts- oder Wahlgruppen entfallenden Delegierten wird von der Bezirksleitung nach den beim vorletzten Monatsabschluß vorhandenen Mitgliedern, für die Beiträge gezahlt und an die Bezirkskasse abgerechnet sind, festgesetzt. Der Bezirksparteitag tritt nach Bedarf, mindestens aber einmal jährlich, zusammen. Seine Beschlüsse sind für alle Mitglieder des Bezirks bindend.

Stimmrecht haben nur die gewählten Delegierten und die Mitglieder der Bezirksleitung.

Mit beratender Stimme nehmen am Bezirksparteitag teil: die im Bezirk gewählten Sekretäre, Revisoren, Reichs- und Landtagsabgeordnete des Bezirks, die gewählten Kreisleiter, drei Vertreter der Jugend, Vertreter der Redaktion der im Bezirk erscheinenden Parteipresse und die eingeladenen Gäste.

Beschlüsse des Bezirksparteitages über die Organisationssatzungen, über die Presse, über die Aufstellung von parlamentarischen Kandidaten, und die Einstellung von Sekretären, Redakteuren, Agitatoren und Geschäftsführern, bedürfen der Zustimmung der Zentrale der Partei.

Die Finanzierung der Delegierten zum Bezirksparteitag erfolgt durch die Ortsgruppen.

Ist die Einberufung eines Bezirksparteitages aus politischen Gründen unmöglich, so übt an dessen Stelle die durch die Kreisleiter oder deren Stellvertreter erweiterte Bezirksleitung seine Rechte aus.

Bezirksleitung: Der Bezirksparteitag wählt die Bezirksleitung, deren Mitglieder die politische und organisatorische Leitung des Bezirks verantwortlich auszuführen haben. Sie setzt sich zusammen aus besoldeten und unbesoldeten Mitgliedern und besteht aus dem Vorsitzenden und den Sekretären und den Beisitzern, deren Zahl jeweils durch den Bezirksparteitag bestimmt werden kann.

Weiterhin gehören zur Bezirksleitung ein Vertreter der Redaktion, der im Bezirk erscheinenden Parteipresse, sowie ein Vertreter der Bezirksleitung der Kommunistischen Jugend.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1669156101923012З-13/fragment/page=0007

In der Bezirksleitung ist eine Ressortarbeit durchzuführen. Folgende Ressorts müssen mit je einem Leiter besetzt werden: Politik, Organisation, Gewerkschaften, Kasse, Kommunales, Genossenschaften, Frauen, Mieter, Bildung, „Rote Hilfe“, „Rußland-Hilfe“ und Land.

Die Bezirksleitung sorgt für die Durchführung der Beschlüsse der Komintern des Parteitages und des Zentralausschusses nach den Richtlinien der Reichszentrale.

Die Bezirksleitung übt im Auftrage der Parteizentrale und des Bezirks die Kontrolle über sämtliche Organe und Funktionäre des Bezirks aus. Sie hat der Zentrale der Partei laufend über den Stand der politischen Organisationen und des politischen Lebens im Bezirk Bericht zu erstatten. Sie hat das Rückberufungsrecht gegenüber den in den Gemeindeparlamenten und Kreistagen tätigen Genossen, die der Bezirksleitung eine Blankovollmacht für die Mandatniederlegung unterschrieben aushändigen müssen.

Die Bezirksleitung hat außerdem das Recht, in die Bücher und den Geschäftsstand der im Bezirk erscheinenden Parteizeitungen, sowie der im Bezirk bestehenden Buchhandlungen Einblick zu nehmen und bei der Ausgestaltung dieser Unternehmungen mitzuwirken.

Die Einstellung von Sekretären und Hilfskräften in den Ortsgruppen und Kreisen bedarf der Genehmigung der Bezirksleitung.

Kreisleitung: Zur Unterstützung der organisatorischen und agitatorischen Tätigkeit der Bezirksleitung werden nach verkehrstechnischen, politischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten, die Ortsgruppen zu Kreisen zusammengeschlossen, die sich den Gebieten der politischen Landkreise anpassen. Ausgekreiste Städte gehören mit Ausnahme Halles zu dem jeweiligen Kreise. Die Kreise sind nicht selbständige Institutionen, wie der Bezirk. Die Ortsgruppen der Kreise wählen in Kreiskonferenzen die Kreisleitung, die eine Mindeststärke von sechs Mitgliedern haben muß und in der eine Ressortverteilung, ähnlich der in der Bezirksleitung vorgenommen werden muß. Die Kreisleitung wählt einen Kreisleiter, der der Bezirksleitung für alle Maßnahmen im Kreise verantwortlich ist. Die Kreisleitungen haben die Aufgabe, bei dem Aufbau und Ausbau der Organisation den bestehenden Ortsgruppen zu helfen und in den übrigen Ortschaften des Kreises die Propagandatätigkeit für die Partei zu entfalten. Die Kreisleiter werden in der Regel monatlich von der Bezirksleitung in einer Konferenz zusammengefaßt, um über die organisatorischen und politischen Aufgaben zu sprechen.

Die Kreisleiter sind verpflichtet, monatlich mindestens einmal an die Bezirksleitung einen Tätigkeitsbericht einzusenden, in besonderen Fällen müssen Situationsberichte eingesandt werden.

Beiträge: Die Höhe des Monatsbeitrages wird von der Bezirksleitung festgesetzt. Als Grundlage dient der jeweilige Durchschnitts-Stundenlohn. Das Eintrittsgeld wird den Teuerungsverhältnissen entsprechend von der Bezirksleitung festgesetzt. Die Mitglieder werden nach der Höhe ihres Lohnes in drei Beitragsklassen eingeteilt. Zur Klasse I gehören alle männlichen erwerbstätigen Mitglieder, deren Stundenlohn die Höhe des jeweiligen von der Bezirksleitung bekanntzugebenden Monatsbeitrages erreicht. Zur Klasse II, erwerbstätige Frauen, Landarbeiter und erwerbstätige Männer mit einem geringeren Stundenlohn. Zur Klasse III gehören erwerbslose Männer und Frauen.

Von den Beiträgen sind 80 Prozent an die Bezirksleitung abzuführen, 20 Prozent verbleiben den Ortsgruppen. Der Bezirk hat 30 Prozent von den von der Zentrale festgesetzten Mindestbeiträgen an die Zentralkasse weiterzuleiten. Die Abrechnung muß monatlich erfolgen. Zuschläge, die die Ortsgruppen zu den Mindestbeiträgen erheben, bedürfen der Genehmigung der Bezirksleitung.

Ortsgruppen: Die Ortsgruppen haben zu ihrer Leitung einen Vorstand zu wählen, der ähnlich dem Vorstand der Kreisleitung zusammenzusetzen ist. In den Ortsgruppenvorständen ist Ressortteilung durchzuführen. Jeder Ressortleiter ist für sein Ressort verantwortlich.

Um die gesamte Mitgliedschaft zur Parteiarbeit heranzuziehen, werden die Mitglieder in Zehnerschaften eingeteilt. Die größeren Ortsgruppen werden distrikts- oder straßenweise gegliedert. Die Distrikts- oder Straßenführer, sowie die Zehnerschaftsführer nehmen an den Funktionärsitzungen teil. Die Zehnerschaftsführer haben die Aufgabe, die Mitglieder ihrer Zehnergruppen zu allen Parteiveranstaltungen heranzuziehen. Die Zehnerschaftsführer müssen mit den Mitgliedern ihrer Zehnerschaft in engster Verbindung stehen, um so die Fühlung zwischen Ortsleitung und Gesamtmitgliedschaft herbeizuführen.

Poincarés Feldzug gegen die französischen Kommunisten.

Lille, 22. Januar.

In dem D-Zug Köln-Paris wurde durch die politische Polizei auf der Station Jeumont der 39jährige französische Kommunist Tibert verhaftet, der auf falschem Paß reiste. Zahlreiches Propagandamaterial wurde bei ihm vorgefunden.

Unsere tapferen Genossen führen unbekümmert der Verfolgungen ihren schweren Kampf gegen den französischen Imperialismus weiter. Je geschlossener und energischer die deutsche Arbeiterschaft gegen die eigene Bourgeoisie zu Felde zieht, desto mehr erleichtert sie ihren französischen Kameraden die Arbeit. Eine deutsche Arbeiter-Regierung wird die Unterstützung auch jener französischen Arbeiter finden, die heute noch abseits stehen.

Die vaterländische Sozialdemokratie

Die sozialdemokratischen Führer des rechten Flügels treiben es noch toller als 1914. Besonderes leistet sich dabei der Rosenstraußfreund des Eisner-Mörders, Erhard Auer. Er übertrumpft sich selbst in seinen bisherigen nationalistischen Hetzereien durch einen Aufruf für die „vaterländische Streikkasse“, den die sozialdemokratische „Münchener Post“ veröffentlicht. In einer widerwärtigen Salbaderei werden darin die Arbeiter aufgefordert, Millionen an Stundenlöhnen dafür herzugeben, „um Deutschland und die Brüder im Ruhrgebiet zu retten“. Die bürgerlichen Klassen würden es an Mithilfe nicht fehlen lassen, wenn die Arbeiter vorangehen. Mit dem Hungergeld der Verelendetsten will dieser schwarz-weißrote Sozialdemokrat die Ruhrarbeiter retten, während Cuno und seine kapitalistische Regierung den Ruhrkapitalisten Milliarden zuschanzt. Diese vaterländische Streikkasse ist ein schlagender Beweis für die knechtselige Haltung der deutschen Sozialdemokratie, deren Politik ein ununterbrochener Verrat an den wirtschaftlichen und revolutionären Interessen der Arbeiterklasse ist.

*

Die Stimmung sozialdemokratischer Arbeiter ist demgegenüber in den Betrieben äußerst erbittert gegen die sozialpatriotischen Führer. In Augsburg forderten die Arbeiter die Einberufung einer Betriebsrätevollversammlung, die den Kampf gegen die nationale Einheitsfront und gegen die faszistische Gefahr organisieren soll. Zum Schluß heißt es: der Selbstschutz gegen politische und wirtschaftliche Todesgefahr ist vom Proletariat sofort zu organisieren. — Ein sozialdemokratischer Redner, Bittner, erklärte zu den Ausführungen des kommunistischen Referenten, daß er die Anklagen gegen die Sozialdemokratie teile. Von der Demokratie sei für die Arbeiterschaft nichts zu erwarten. „Ich kann nicht begreifen, fuhr er fort, daß unsere Führer sich gegen die gemeinsame Front so sträuben. Sie wissen doch genau, was auf dem Spiele steht. **90 Prozent unserer Mitgliedschaften verurteilen ihre Politik.** Nur die einige Arbeiterschaft wird uns retten!“

*

Elberfeld, 23. Januar.

In einer starkbesuchten Konferenz von Vertretern der freien Gewerkschaften Rheinland-Westfalens kam man überein, anläßlich der Ruhrbesetzung **keine chauvinistischen und nationalistischen Bestrebungen mitzumachen, ebenso aber alles Liebeswerben der französischen Besatzungsbehörde zurückzuweisen, durch das der französische Militarismus Proletariat und Industrie im Ruhrgebiet unter die Herrschaft des französischen Kapitals bringen wolle.**

Anbaustreik proklamiert

Die württembergische Landbundfiliale, der Bauern- und Weingärtnerbund, bringt in seinem Organ am 13. Januar einen Artikel, in dem es heißt:

„Wir fordern hiermit unsere Mitglieder zu Folgendem auf:

1. Es verpflichte sich ein Jeder, keinerlei Zuckerrüben im Jahre 1923 zu bauen, es sei denn, daß bei einem neuen Rübenanbauvertrag über die Forderungen der Rübenpflanzer, welche durch den Verband vertreten werden, eine Einigung erzielt worden ist. Es bezieht sich dies auf Anbauverträge jeder Art.

2. Es ist strengste Disziplin zu halten und solchen, die sich den Beschlüssen der Organisation nicht fügen, in nachdrücklicher Weise zu erklären, warum es notwendig ist und für welchen Zweck unser Vorgehen geht!“

Die Proklamierung des Anbaustreiks für Zuckerrüben erfolgt, obwohl gleichzeitig mitgeteilt wird, daß der Preis für den Doppelzentner Zuckerrüben z. Z. 2000 Mk. beträgt und daß Ende Januar eine zweite große Nachzahlung, deren Höhe noch nicht ganz feststeht, weil noch nicht klarliegt, in welchem Umfange das Reich Kredit gibt, zur Auszahlung kommt. Danach soll der Streik nichts anderes bezwecken, als einen Druck auf die Regierung für die Gewährung großer Kredite für die Herren Großbauern.

Die demokratische Regierung wird als treue Schildhalterin der kapitalistischen Interessen gerne auf das großschnauzige Geschrei der Körner und Konsorten hereinfallen. Desto mehr muß die werktätige Bevölkerung den Kampf aufnehmen gegen die Regierung, gegen die kapitalistischen Ausbeuter, für eine Arbeiter-Regierung, für die entschädigungslose Enteignung der Großbauern und Junker.

Kleine Auslandsnachrichten

Eine Wahlniederlage des Faszismus in England. Die Nachwahl zum englischen Unterhaus in Newcastle, wo Henderson als Arbeiterkandidat mit großer Mehrheit siegte, hat eine gewisse prinzipielle Bedeutung. Denn der Kandidat der Regierungspartei, der Henderson gegenüberstand, war der berüchtigte Hauptmann Gee, der Vorsitzende der neugegründeten englischen Faszistenorganisation, des „Bundes der Kreuzfahrer“. Henderson erhielt 11 000 Stimmen, Gee nur 6400 und ein Liberaler 6600 Stimmen.

Verschärfung des Mieterstreiks in Schottland. In Glasgow haben sich proletarische Schutzgarden gebildet, um die Exmission proletarischer streikender Mieter zu verhindern. Als die Behörde versuchte, die Exmission zweier Familien durchzuführen, trat ihr eine große Menschenmenge entgegen und die Exekutivbeamten mußten abziehen.

Gewerkschaftsbewegung

„Kommunistischer Gewerkschafter“

Leider hat der Druckfehlerteufel uns einen Streich gespielt. Das Inhaltsverzeichnis zum 2. Jahrgang des „Kommunistischen Gewerkschafter“ kostet nicht, wie irrtümlich bekanntgegeben, 50 Mk., sondern 80 Mk. Alle Genossen, welche das wertvolle Material des „K. G.“ in ihrer gewerkschaftlichen und politischen Tätigkeit ausnützen wollen, müssen im Besitze dieses zur schnellen Orientierung unbedingt notwendigen Nachschlagewerkes sein. Zu beziehen von der „Gewerkschaftsabteilung der KPD.“, Berlin C 54, Rosenthaler Straße 38.

Gewerkschaftsabteilung der KPD.

Aus der Provinz

Profitabler Nationalismus

Der Reichslandbund erläßt einen Aufruf zur Sammlung von „unentgeltlichen Gaben an Lebensmitteln für unsere bedrängten Volksgenossen“. In dem Aufruf heißt es außerdem:

„Wir danken der Reichsregierung für das endlich ausgesprochene „Nein“ und erwarten, daß sie unerschütterlich dabei bleibt ... Wiederum sind wir im Kriegszustande, und in diesem müssen wir als deutsche Landwirte ebenso wie im Kriege alles aufbieten, um unserem Volke die Kraft zu erhalten, die es braucht, um die schweren niederdrückenden Zeiten, die ihm bevorstehen, überwinden zu können.“

Tatsächlich erinnert der nationalistische Purzelbaum des Reichslandbundes an das großagrarische Treiben während des Krieges. Sie überschäumten vor nationalistischen Phrasen, um gleichzeitig durch Sabotage der Agrarproduktion die Preise hochzutreiben, gleichzeitig durch Schiebergeschäfte enorme Profite einzusacken. Und wie der Krieg, so bringt auch die Ruhrbesetzung den Herren Junkern und Großgrundbesitzern enorme Profite. Während vor dem Kriege eine Tonne Weizen 200 Mk. kostete, wurde am 18. Januar 1923 am Berliner Mark die Tonne Weizen mit **800 000 Mk.** notiert. Wir sehen, der Nationalismus der großagrarischen Landbündler ist äußerst rentabel. Diese Herrschaften sind wie ein Straßenräuber, der den Ueberfallenen das Hemd auszieht und ihm dafür ein Feigenblatt in die Hand drückt.

Steuerermäßigung für Kriegsbeschädigte.

Der Reichsfinanzminister hat nunmehr anerkannt, daß für Kriegsbeschädigte neben den allen Steuerzahlern zugebilligten Werbungskosten noch folgende Beträge angesetzt werden können:

A. Aeußerlich Verletzte:

1. Kriegsblinde jährlich	16000 Mk.
2. Oberschenkelamputierte und Träger von Stützapparaten und Hülsen für das ganze Bein	48000 Mk.
3. Armamputierte und Träger von Armapparaten	42000 Mk.
4. Unterschenkel- und Unterarm-Amputierte und entsprechende Apparatträger	24000 Mk.

B. Innerlich Kranke:

1. Bei einer Erwerbsminderung von 30—40 v. Hundert	24000 Mk.
2. desgleichen von 41—60 vom Hundert	48000 Mk.
3. desgleichen von 61—80 vom Hundert	72000 Mk.
4. desgleichen von 81—100 vom Hundert	96000 Mk.

In diesen Werbungskosten sind die den Kriegsbeschädigten erwachsenen Kosten für Benutzung der Straßenbahn von und zu der Arbeitsstätte inbegriffen.

Kriegsbeschädigte, die von dieser Steuerermäßigung Gebrauch machen wollen, müssen zur Vermeidung des Verlustes dieser Vergünstigung bis 31. Januar 1923 ein Gesuch unter Vorlegung ihres Rentenbescheides bei dem zuständigen Finanzamt einreichen.

„Rote Hilfe“, Bezirkskomitee Halle-Merseburg

Zeugen gesucht!

Der Genosse Willi Böttig aus Raitmannsdorf bei Schkopau wurde bei der „Einnahme“ des Leunawerkes am 3. Osterfeiertag 1921 mit gefangengenommen und der 4. Gef.-Kom. zugeteilt, aber dann erschossen (Herzschuß). Ein Genosse von Hohenweiden hat dann den erschossenen Genossen Böttig aufgefunden und für den Heimtransport gesorgt. Wir ersuchen alle diejenigen Genossen und Augenzeugen, welche zur restlosen Aufklärung dieses Falles Angaben machen können, uns darüber Mitteilung machen zu wollen. Persönliche Mitteilungen sind uns natürlich am liebsten. (Halle, Lerchenfeldstraße 14 II, Zimmer 28.)

Bezirkskomitee Rote Hilfe, Sitz Halle (Saale).

„Rote Hilfe“

53. Quittung der Bezirksleitung über eingegangene Beträge.

Sammlungen: Nachtwächter, Halle, Flugplatz, 500 Mk.; Arbeiter-Gesangverein Morl 1865 Mk.; Fußballklub „Sportfreunde“ Teicha 1500 Mk.; Belegschaft der Zuckerfabrik Alsleben 165 Mk.; Genosse Max Just, Halle, 130 Mk.; durch Genossen Domisch, Domsdorf, 1000 Mk.; Extraüberschuß durch Genossen Oertel, Halle, 100 Mk.; Belegschaftsversammlung der Tongrube Dölau und Umgegend 648 Mk.; Radfahrerverein „Vorwärts“ Passendorf 956 Mk.; gesammelt bei der Kindtaufe beim Genossen Kurt Kohl, Erdeborn, 1100 Mk.; gesammelt bei der Hochzeit des Genossen O. Kleemann, Teuchern, 450 Mk.; Genosse Hugo Otto, Teuchern, 100 Mk.; Genosse A. Paußer Teuchern, 10 Mk.; gesammelt in Sennewitz beim Vergnügen der Gutenberger Bandoniumspieler 840 Mk.; öffentliche Versammlung, Plessa, 500 Mk.; gesammelt beim Vergnügen des Arbeiter-Radfahrervereins Seeben 2150 Mk.; Arbeiter-Gesangverein Osmünde 1000 Mk.; Kommunistische Kindergruppe Naundorf b.L. 89 Mk.; Genosse W. Hennicke, Halle, 300 Mk.; vom Genossen Heber, Torgau, 150 Mk.; Ueberschuß vom Silvester, Breitenstein, 1830 Mk.; Töpfer, Liebenwerda, 425 Mark; Max Ahlig, Halle, 500 Mk.; Frau Ahlig, Halle, 500 Mk.; Belegschaft der Querfurter Kalkindustrie 4700 Mk.; Liebknecht-Luxemburg-Feier der Jugend, Ortsgruppe Lettin, 1373 Mk.; fidele Hochzeit durch Genossen Cellarius 430 Mk.; Genosse Wreden, Hohenleipisch, 75 Mk.; Schießverein „Freie Schützen“, Landsberg, 750 Mk.; gesammelt bei der Geburtstagsfeier des Genossen Hugo Pretzsch durch Genossen Bluhm, Halle, 400 Mk.; gesammelt bei der Generalversammlung des Schachklubs Halle 650 Mk.; Genosse Menzel, Halle, Körnerstraße 33, 95 Mark; Genosse Straube Halle, 10 Mk.; Belegschaft der Firma Bühring, Landsberg, 1400 Mark; gesammelt beim Vergnügen des Theatervereins „Freie Volksbühne“, Holzweißig in Reinsdorf b. L., 750 Mk.; vom Genossen Brandsty durch Genossen Neubert 120 Mk.; Gastwirt F. Konrad, Prösen, 500 Mk.; öffentliche Versammlung Friedersdorf 1000 Mk.; Ueberschuß von der Liebknechtfeier Glesien 3000 Mk.; Genosse Max König, Weißenfels, 1000 Mk.; gesammelt beim gemütlichen Beisammensein, Könnern, 900 Mk.; Belegschaft der Firma Wegelin & Hübner, Abteilung III, Halle, 8070 Mk.; Mandolinenverein, Piesteritz, 700 Mk.; gesammelt beim Bockbier im Sonntagschen Lokale, Delitzsch, durch Genossen Möbius, 2250 Mk.; Genosse Paul Döschner, Halle, 200 Mk.; Genosse Paul Döschner, Halle, 150 Mk.; gesammelt bei der Silvesterfeier beim Genossen Döschner, Halle, 1900 Mk.; gesammelt in den „Trothaer Ballsälen“ 785 Mk.; Genossin Segel und Paris, Halle, 100 Mk.; Arbeiter-Radfahrerverein „Freiheit“, Könnern, 630 Mk., Genosse Hermann Bethge, Könnern, 100 Mk.; Funktionärsitzung Papitz, 200 Mk.; von dem Zehnerschaftsführer Genossen Franz Bauerndorf, Paitz, 102 Mk.; Genosse Richard Keller, Papitz, 39 Mk.; Genosse Richard Wölkert, Papitz, 50 Mk.; Genosse Hermann Müller, Papitz, 50 Mk.; Gesangverein „Einigkeit“, Papitz, 1000 Mk.

Marken: Distrikt 12, Halle, 55 Mk.; Ortsgruppe Beesenlaublingen 200 Mk.; Ortsgruppe Osmünde 50 Mk.

Listen: Liste Nr. 70: Belegschaft der Firma Meyer-Kauffmann, Halle, 3235 Mk.

Bezirksleitung Halle-Merseburg der KPD. Abt. II. Sämisch.

Gräfenhainichen. Einbruch im Schloß Burgkemnitz. In das Schloß des Freiherrn von Bodenhausen in Burgkemnitz drangen nachts Diebe ein und stahlen Silberzeug im Werte von etwa 5 Millionen Mark. Die Diebe wurden verfolgt, trieben aber ihre Verfolger durch Revolverschüsse zurück, nachdem ein Gendarm durch Schüsse verletzt worden war. Es handelt sich um Spitzbuben, die aus Berlin mit dem Zuge in Gräfenhainichen eingetroffen waren.

Eilenburg. Ebert und das Bürgertum. Unser „Ober“ hat ein Schreiben Eberts erhalten folgenden Wortlauts: „Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Aufrichtigen Dank sage ich Ihnen für ihre Ausführungen vom 14. Januar, mit denen Sie mir die Kundgebung der Stadt Eilenburg und des Reichsstädtebundes übermittelt haben. Ich habe mich sehr gefreut, daß des schwer betroffenen Ruhrgebiets so treu gedacht ist, und bin überzeugt, daß das deutsche Volk einmütig, opferbereit und entschlossen auch diese Bedrohung des arbeitsfreudigen und friedliebenden Bürgersinns abwehren wird. In vorzüglicher Hochachtung Ebert.“ — Der Brief ist geradezu rührend. Wenn Ebert wirklicher Sozialdemokrat wäre, aber kein so waschlappiger, wie so viele umherlaufen, dann hätter er einen ganz anderen Brief schreiben müssen. Dann hätte er dem „Ober“ schreiben müssen, daß die Schuld an den jetzigen Zuständen und an der Ruhrbesetzung das Bürgertum habe, das vor und nach dem Ausbruch des Weltkrieges intensivste Kriegshetze betrieb und das arbeitende Volk in den Abgrund getrieben hat. Siegen oder untergehen!“ riefen damals die Schreier, und heute schreien sie, weil sie nicht gesiegt haben. Ebert hätte aber gleichzeitig schreiben müssen, daß auch die Sozialdemokratie mit schuld sei an den Zuständen, denn sie ging damals mit dem Bürgertum treu Arm in Arm, wie sie das ja auch heute noch tut. Man soll von einem „Sozialdemokraten“ aber nicht zuviel verlangen; es ist ja viel angenehmer, es mit der Bourgeoisie zu halten und dieser einige Schmeicheleien zu sagen. Die Arbeiter wissen aber, was davon zu halten ist; sie kennen ihre Pappenheimer und handeln auch danach. Deshalb wird es auch für die Bourgeois mit samt ihrem Ebert einst ein furchtbares Erwachen geben. Dann hat diese fade Briefschreiberei ein Ende.

Gladitz. Wie die Agrarier leben! Kürzlich statteten Diebe der Wurstkammer des hiesigen Gutsbesitzers P. einen unwillkommenen Besuch ab und entwendeten ungefähr zwei Zentner geräucherte Wurst, mehrere Schinken und Speckseiten, Töpfe voll Fett und Pflaumenmus, ein Rinderviertel und ein Fahrrad.

Jugendbewegung

Am Sonntag, dem 28. Januar 1923, findet in folgenden Unterbezirken der Kursus statt:

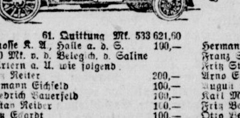
Unterbezirk Merseburg-Querfurt: Merseburg, Lokal: „Funkenburg“.

Unterbezirk Mansfeld: Gerbstedt, Lokal: „Goldner Ring“.

Unterbezirk Sangerhausen: Artern, Lokal: „Goethe-Haus“.

Die Kurse beginnen in allen Unterbezirken früh 9 Uhr. Es ist notwendig, daß alle Ortsgruppen vertreten sind. Ferner sind alle rückständigen Pflichtbeiträge an diesem Tage mitzubringen.

Die Bezirksleitung.



Spende

62. Quittung

61. Quittung Mk.	533 621,60	Transport	535 521,60
Genosse K. A., Halle a. d. S.	100,—	Hermann Wicht	100,—
3400 Mk. v. d. Belegsch. d. Saline Artern a. U. wie folgend		Franz Stein	100,—
Fritz Reiter	200,—	Fritz Stephan	100,—
Hermann Eichfeld	100,—	Arno Erxleben	100,—
Friedrich Bauerfeld	100,—	August Blume	100,—
Gustav Reiber	100,—	Karl Meinecke	100,—
Fritz Eckardt	100,—	Fritz Beyer	100,—
Walter Bauer	100,—	Otto Beyer	100,—
Fritz Bant	100,—	Hermann Eckardt	100,—
Richter II	100,—	Friedrich Wicht	100,—
Steinbrück II	100,—	Albert Burghardt	100,—
Alfred Schönau	100,—	Rein II	100,—
Paul Schinköth	100,—	Otto Röckel	100,—
Franz Fritzsche	100,—	Friedrich Bärwinkel	50,—
Fritz Wagner	100,—	Franz Scheffler	50,—
Otto Döring	100,—	Otto Michel	50,—
Otto Gröbel	100,—	Rose II	50,—
Hermann Abicht	100,—	Hermann Riese	50,—
Kurt Scheffler	100,—	Johann Hobolek	30,—
		Friedrich Meinecke	20,—
Transport	535 521,60	Summa: Mk.	537 121,60

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230123-13/fragment/page=0008